

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.—, monatlich 10.—, wochentlich 3.—, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugspreis: Vierteljährlich 32.—, monatlich 10.—, wochentlich 3.—, unter Fremden für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland ist täglich einmal Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparativzeile kostet 1.— M., Tagesanzeigen 50 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste gezeichnete Wort 1.— M., (täglich zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 50 Pf., Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tagesanzeigen für Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— M., die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichelt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 17. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 11753-54.

Der Kampf um Sowjetrußland.

Lloyd George auf der Schaukel!

In Sowjet-Rußlands Bestehen sieht der englische und französische Imperialismus eine dauernde Bedrohung seiner Herrschaft über Europa und Asien. Die Duldung und Stärkung des Horthyischen Mörderheeres in Ungarn, die Unterdrückung des ehrlich republikanischen und demokratischen Deutschösterreich unter seinem jetzigen Parlament, die Unterstützung des polnischen Krieges, dessen Entstehung als Angriffskrieg nicht verwischt werden darf, die Versuche, Deutschlands Neutralität zu durchlöchern — das alles sind Glieder in der Kette. ... Unter diesem Gesichtswinkel hat man die Nachrichten über das Tun und Treiben der Entente gegen Rußland zu betrachten.

Kamenew erklärte dem Stockholmer Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, die Haltung Lloyd Georges gegenüber Rußland könne als „unabhängige politische Gefühlsregung“ bezeichnet werden, die je nach den Erfolgen oder Misserfolgen der Bolschewiki hin und her schwänke. Lloyd George wolle jetzt vom Frieden mit Rußland und der Anerkennung der Sowjetregierung nichts wissen, möchte aber doch nicht die Möglichkeiten zum Handelsaustausch preisgeben.

Die Kriegslage.

Südlich von Lemberg überfritten die Polen den Dnjestr und besetzten die Ortschaften Galiz und Wolhynien, sowie die Höhen östlich davon. Weiter nördlich wurden die Bolschewiken von dem Einwirkungs auf die Gula Lipa zurückgedrängt. Im Raum von Wladimir-Wolonski, Breit-Mosel und östlich des Bug weiter günstiger Verlauf der Kämpfe für die Polen. In der Richtung auf Ruzh wurde Chorsow besetzt und östlich von Kobryn der Dnjestr-Kanal überfritten. Die Polen melden eine große Anzahl von Gefangenen und Kriegsmaterial. An der polnisch-litauischen Front dauern örtliche Kampfhandlungen an.

Eine neue britische Note nach Moskau

verlangt nach einer Angabe Freilassung der noch in Sowjet-Rußland gefangenen Engländer, nach der anderen Auffassung über ihr Schicksal.

Dem „Daily Chronicle“-Mann in Riga soll Joffe, der russische Oberdelegierte, gesagt haben, daß die Sowjetregierung an der ursprünglichen Forderung einer

Verminderung der polnischen Armee

als Garantie gegen künftige Angriffe festhalten wolle. Die Nachricht, daß die neue russische Offensive schon begonnen habe, findet in den Heeresberichten der letzten Tage noch keine rechte Bestätigung. Sollten die Rigaer Verhandlungen scheitern — an Aussichten darauf ist kein Zweifel —, so wird es an der polnisch-russischen Front alsbald bewegter werden.

Der Korrespondent des „Öst-Express“ hat in Lertski an der finnisch-russischen Grenze festgestellt, daß größere Unruhen in Sowjet-Rußland nicht stattgefunden haben. Die dreitägige Unterbrechung in der Petersburger Brotverteilung ist behoben. Unter den Bauern wirkt der Unzufriedenheit mit dem langen Krieg der Gedanke entgegen, daß ihre Söhne in der Armee das eroberte Land gegen die Möglichkeit einer Rückkehr der Bolschewiker verteidigen.

In Petersburg sind vier

Internierungslager für Zwangsarbeit

errichtet worden. Die Zahl der Internierten erreicht bereits 6000. Eine Kommissariatsverfügung vom Ende August ordnet an, daß die Angehörigen der Soldaten der Roten Armee nur im äußersten Notfall zur Zwangsarbeit herangezogen werden dürfen. Die Einführung des Arbeitszwanges für die Transportarbeiter des Binnenschiffsverkehrs hat, wie die Moskauer „Pravda“ mitteilt, bisher keinen Erfolg gehabt. Gegenüber einer früher normalen Tagesleistung von 160 bis 200 Pud verfrachtet ein qualifizierter russischer Transportarbeiter gegenwärtig 30 bis 60 Pud täglich.

Der Terror soll neuerdings noch verschärft worden sein. 1800 Ägypter, Türken, Perser, Afghanen und Indes sind auf einem

Bolschewistischen Kongress in Waku

versammelt, dessen Zweck der Aufruf zum Kampf gegen Englands und Frankreichs Orientpolitik und gegen die eigenen nichtproletarischen Regierungen ist. Sinowjew, Bela Kun und Kades vertreten die Moskauer Zentrale.

Giolitti fordert Einlenken.

Nach der römischen „Gazzetta del Popolo“ (Vollstg.) drohte Giolitti den Industriellen mit dem Eingreifen des Staates, falls sie sich nicht mit den Arbeitern verständigten. Die Industriellen dürften infolgedessen schließlich nachgeben.

Die Schwerindustrie sträubt sich noch hartnäckig gegen die Arbeiterkontrolle, das heißt gegen Betriebsräte. Amlich meldet Rom: Nachdem Giolitti die von ihm nach Turin zusammengerufenen Ver-

treter der Industriellen und Arbeiter gehört hatte, entschied er sich für eine Aufficht über die Fabriken. Zugleich ernannte er einen aus Industriellen und Arbeitern zusammengesetzten Ausschuss mit der Aufgabe, einen Gesetzentwurf hierüber vorzubereiten, den die Regierung der Kammer bei ihrem Wiederversammentritt vorlegen wird.

Nach einer T.-M.-Meldung setzten die Gewerkschaften im Ministerium des Innern und im Arbeitsministerium die Verhandlungen hinsichtlich des Ankaufs verschiedener Großbetriebe fort. Der Erwerb der Werke von Castellamare, die über 2000 Arbeiter beschäftigen, scheint bevorzuzugehen.

Deutschösterreichs Neuwahlen.

Wien, 16. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei der bevorstehenden Neuwahl der Nationalversammlung kandidieren für die Sozialdemokratie an erster Stelle folgende Genossen und Genossinnen:

In Wien:

- I. (Osten): Dr. Otto Bauer, Rudolf Müller, Ed. Rieger.
- II. (Mariasitz): Karl Leuthner, Therese Schiefinger, Ludo Hartmann.
- III. (Allergrund): Otto Wödel, Gabriele Proft, Alina.
- IV. (Leopoldsdorf-Floridsdorf): Karl Seis, Dr. W. Ellenbogen, Kath. Elbersch, Emma Freundlich, Karl Fid.
- V. (Margarethen-Favoriten): Dr. Friedr. Adler, Laurentz Widholz, Anton Fieber, Amalie Seidel.
- VI. (Meidling-Giezing): August Horkner, Dr. Julius Deutsch, Schiel, Frau Hofsch.
- VII. (Ottakring): Scott, Stacet, Frau Fopp, Birkenhofer, Volkert, Austerlich, David.

Niederösterreich:

- VIII. (St. Pölten): Bretschneider, Schreimobler, Volle.
- IX. (Wiener-Neustadt): Dr. Karl Renner, Tomisch, Smitka, Richter, Dr. Danneberg.
- X. (Krems): Lenz.
- XI. (Korneuburg): Fölzer.

Steiermark:

- Graz: Domes.
- Obersteier: Samisch, Häudler.

Tirol:

- Nordtirol: Abram, Scheibler.
- Südtirol: M.
- Sorathberg: Hermann.

Fast überall stehen die führenden Gewerkschaftler mit an erster Stelle. Wenn mancher auch in Deutschland bekannte Genosse in dieser Liste fehlt, so darum, weil nach Parteibeschluß Bürgermeister, Landesräte usw. nicht durch Reichsmandate ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung entzogen werden sollen.

Unsere herzlichsten Wünsche den Brüdern in Deutschösterreich! Sie halten Wacht gegen die Weltreaktion, mit der im Bunde die Christlichsozialen hüten und die Horthy-Bande drücken, die lauernden Ochsburger im Hintergrunde, die demokratische Republik und den Aufstieg der Arbeiterklasse bedrohen.

Ein zweiter Hungerstreiker.

Dublin, 16. September. (D.) Der 19 Jahre alte Sean Hennessy aus Cork Gaol, der ebenfalls seit 34 Tagen hungert, nachdem er am 23. Juli mit 11 andern verhaftet worden war, droht im Laufe dieses Tages zu sterben.

Russische Gewerkschafter ausgewiesen.

Kopenhagen, 16. September. (D. G.) Die Stockholmer Polizei hat die Vertreter der russischen Gewerkschaftsverbände aufgefordert, unverzüglich Schweden zu verlassen und nach Estland abzureisen. Falls dieser Befehl nicht befolgt würde, ist ihnen die Verhaftung angedroht worden.

Deschanels Ersetzung.

Paris, 13. September. (Z. U.) Es ist nahezu sicher, daß die Kammer am 21. oder 23. September zusammentritt. Millerand wird das Demissionsgeschehen Deschanels verlesen. Das gleiche wird der Finanzminister im Senat tun. Die Neuwahl erfolgt am 23. oder 25. September in Versailles. Der aussichtsreichste Kandidat ist Senator Jonnart, der frühere Generalgouverneur von Algerien, aber beileibe nicht etwa ein Minister. Er ist der Kandidat Millerands, der selbst nicht mag. Als sonstiger Kandidat wird nur der Kammerpräsident Raoul Péret genannt, der für manche den Vorteil hat, jünger zu sein.

Deschanel wird überredet, damit er sich nicht in den Parteidiskussionen von Rambouillet stürzt, zu dem es ihn stets hinzieht. Man lasse ihm doch diese Erlösung vom lebendigen Tod!

Die Autonomie Oberschlesiens.

Von Franz Krüger.

Königshütte, 15. September 1920.

In den letzten Wochen ist die Frage der ober-schlesischen Autonomie wieder sehr stark in den Vordergrund der öffentlichen politischen Diskussion gerückt, es soll demnächst zu wichtigen Entscheidungen der Regierung kommen. Die Hoffnung, daß die Autonomisten durch die seither erfolgte Erhebung Oberschlesiens zur Provinz befriedigt werden würden, hat sich nicht erfüllt. Nach kurzer „Atempause“ setzt ihre Propaganda jetzt erneut mit großer Energie ein. Es sind in der Hauptsache große Teile des ober-schlesischen Zentrums, die hinter dieser Propaganda stehen. Sie werden aber stark unterstützt durch die Großindustrie, und selbst Männer, wie der demokratische Abgeordnete und frühere Oberbürgermeister von Kattowitz, Dr. Pohlmann, setzen sich jetzt für die Autonomie ein. Die Sozialdemokratie als Vertreterin der in erster Linie interessierten Arbeiterchaft hat also erst recht alle Veranlassung, klar Stellung zu nehmen.

Die Frage der ober-schlesischen Autonomie kann man nicht mit einem abstrakt grundsätzlichen Ja oder Nein beantworten. Dort steht so viel auf dem Spiel, und es laufen so viel verschiedenartige Bestrebungen und Interessen durcheinander, daß man die Frage unter gewissenhafter Berücksichtigung der ganzen Situation ernsthaft prüfen muß. Wäre es möglich, durch eine Autonomisierung Oberschlesiens diesem eine friedliche und glückliche Zukunft, frei von nationalen Kämpfen, und Deutschland den bisherigen Genuß der ober-schlesischen Bodenschätze zu sichern, was für uns eine Lebensfrage ist, so müßte dieser Weg beschritten werden. Wie sieht es nun hiermit?

Die Befürworter des Autonomiegedankens sind sich nicht einig über das Maß der Autonomie. Während ein Teil nur die bundesstaatliche Autonomie innerhalb Deutschlands wünscht, ist der andere Teil gewillt, bis zur völligen staatlichen Selbstständigkeit unter Loslösung von Deutschland zu gehen.

Für die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens innerhalb Deutschlands lassen sich zweifellos sehr gewichtige Gründe, insbesondere seine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung anführen. Handelte es sich also lediglich um Gewährung eines dieser Bedeutung entsprechenden Einflusses im Reiche an Oberschlesien, so könnte kein vernünftiger Mensch dem widersprechen. Jetzt aber ist die Sache in erster Linie von dem Gesichtspunkt zu betrachten, welchen Einfluß die bundesstaatliche Autonomie auf die ober-schlesische Abstimmung und überhaupt auf sein künftiges Verhältnis zu Deutschland haben wird. Auf die Lösung dieser eigentlichen „ober-schlesischen Frage“ könnte diese Autonomisierung nur dann einen bestimmenden Einfluß ausüben, wenn es gelänge, dadurch dem Nationalitätenkampf die Spitze abzubrechen und entweder die Abstimmung überhaupt zu vermeiden oder weitere Kreise der Bevölkerung zum Bekenntnis für Deutschland zu veranlassen. Dieses Ziel zu erreichen, erscheint aber völlig unmöglich.

Die polnisch-deutschen nationalen Gegensätze sind hier zu einer Schärfe entwickelt, daß insbesondere auf polnischer Seite ein Abbrechen des Kampfes ohne klare Entscheidung der Nachfrage unmöglich sein dürfte. Hier rächt sich die frühere Arbeiterpolitik der ober-schlesischen Kapitalisten und die frühere preussische Polenpolitik. Um die erheblich unter den Löhnen des übrigen Deutschland stehenden Löhne und das tiefere Kulturniveau der ober-schlesischen Arbeiterchaft aufrecht erhalten zu können, haben die ober-schlesischen Magnaten jahrzehntelang, weil sie deutsche Arbeiter zu diesen Bedingungen nicht bekamen, Arbeiter aus russisch-Polen eingeführt, denen unter Zuhilfenahme der boruschischen Polenpolitik jede politische gewerkschaftliche und sprachlich-nationale Betätigung unmöglich gemacht wurde. Wer will sich darüber wundern, daß der Funke der national-polnischen Agitation, unter diese Sklaverei geworfen, den aufgesammelten Zündstoff zum Aufflammen brachte? Auch heute noch sieht der Völk, leider vielfach auch der polnische Arbeiter, in jedem Deutschen seinen Unterdrücker und Feind, den er vernichten oder mindestens unter die uneingeschränkte polnische Herrschaft bringen muß. Nur so sind die unzähligen Akte der brutalen Gewalt und des Terrors, die noch Tag für Tag von polnischen gegen deutsche Arbeiter verübt werden, zu erklären. Es wird intensivster sozialistischer Aufklärung bedürfen, um die polnisch-sprechende Arbeiterchaft aus diesem Pfuhl nationalistischer Verhetzung zu befreien.

Die groß-polnisch gesinnten Oberschlesier wollen los von Deutschland und zu Polen. Eine bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens innerhalb Deutschlands würde sie daher nicht befriedigen. Sie würden dadurch im Gegenteil in der Verfolgung ihres nationalen Ziels eher gestärkt werden, denn die Vertiefung der Autonomie an Oberschlesien würde ihnen als Zeichen mangelnden Vertrauens Deutschlands in das Ergebnis der Abstimmung erscheinen. Und daß die Polen oder die Entente durch eine solche Autonomie sich veranlaßt sehen könnten, von der Abstimmung Abstand zu nehmen, ist natürlich ebenfalls völlig

ausgeschlossen. In den Kreisen der deutschen Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, bestehen aber mit Rücksicht auf die starke Position des katholischen Klerus und der Industriemagnaten in Oberschlesien auch gegen eine bundesstaatliche Autonomie teilweise starke Bedenken, so daß die einheitliche Kampffront der Deutschen für die deutsche Sache dadurch geschwächt werden müßte. Für diesen Plan ist nach meiner Ansicht die Zeit, in der er hätte die gewünschte Wirkung ausüben können, vorbei. Wir kommen damit um ein bis zwei Jahre zu spät.

Nicht unbedeutend und einflusslos ist aber die Richtung unter den Autonomisten, die für eine völlige staatliche Selbstständigkeit Oberschlesiens, für den Freistaat, eintritt. In eingeweihten Kreisen ist es ein offenes Geheimnis, daß unter den Entente-mächten besonders England lebhaftes Interesse für dieses Projekt hat, mit dessen Hilfe man um die unangenehme Abstimung und die anschließende Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens herum zu kommen hofft. Man will zur politischen und wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands ihm unter allen Umständen das wertvolle Oberschlesien nehmen. Aber die Alliierten, vielleicht mit Ausnahme Frankreichs, haben kein unbedingtes Interesse daran, das Land Polen zuzuteilen. Die von der Entente verfolgten Ziele lassen sich noch sicherer und besser auf dem Wege der Freistaatsbildung erreichen.

Dieses Projekt wäre aber auch eher geeignet, die Polen zu befriedigen. Ein selbständiges Oberschlesien müßte notwendig der Schauplatz schwerer und dauernder Kämpfe zwischen Polen und Deutschen um die staatliche Vorherrschaft werden. Da die Polen nicht nur die größere Rücksichtslosigkeit für sich haben, sondern zweifellos von der Entente bei der Staatsbildung und -organisation in jeder Beziehung bevorzugt werden würden, könnten sie mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß sie in diesem Kampf Sieger bleiben. In jedem Falle würde der Einfluß der Deutschen schon durch das Entente-Protectorat stark eingeschränkt werden.

Für das Verhältnis Oberschlesiens zu seinen Nachbarn Deutschland und Polen wird natürlich die nationale Richtung seiner Beherrscher maßgebend sein. Die eventuell künstlich geförderte Vorherrschaft der Polen, aber auch schon die Oberaufsicht der Alliierten bürgen dafür, daß Oberschlesien mehr nach Polen Anstrich suchen würde. Abhängigkeit Deutschlands von Polen beim Bezuge von Kohlen, Erzen usw. wäre die Folge.

Es ist aber auch ganz durchsichtig, weshalb gerade Zentrumskreise und Bergwerks- und Großindustrie diesem Freistaatsprojekt so überaus sympathisch gegenüberstehen. Die einen erwarten nicht mit Unrecht einen überragenden Einfluß der katholischen Kirche. Die anderen aber wollen los von dem Deutschland der Besitzsteuern, der sozialen Gesetzgebung und des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter. Die Vereinfachung des nationalen Kampfes erscheint ihnen als ein geeignetes Mittel, die Arbeiterschaft vom wirtschaftlichen Kampf gegen das Kapital abzulenken und sie politisch den reaktionären Parteien in die Arme zu treiben.

So bedeutet das Freistaatsprojekt zweifellos den Verlust Oberschlesiens für Deutschland. Es bedeutet für die Arbeiterschaft Herabdrückung auf das Niveau des politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell gegenüber Deutschland weit zurückgebliebenen Polenstaates und ungeheurer erschwerte Bedingungen für den sozialistischen Klassenkampf.

Wenn wir also das Freistaatsprojekt unter allen Umständen ablehnen müssen, so müssen wir die Frage der bundesstaatlichen Autonomie von dem Gesichtspunkt betrachten, ob sie nicht der halbe Weg zum Freistaat ist, und ob sie einen günstigen Einfluß auf die Abstimung ausüben kann. Ich befürchte, das erste und bezweifle das zweite.

Eins aber muß unter allen Umständen so schnell wie irgend möglich geschehen: Es muß durch gesetzgeberische Maßnahmen sofort festgestellt werden, daß in Oberschlesien, wenn es bei Deutschland bleibt, ganz gleich, ob als preussische Provinz oder als Bundesstaat, Deutsche und Polen auf allen Gebieten (Gebrauch der Sprache, Schule, Kirche, öffentlicher

Dienst usw.) völlig gleichberechtigt nebeneinander und miteinander leben und arbeiten können. Diese Sicherheit soll jeder Oberschlesier bei der Abstimung haben. Ich glaube, das ist mehr wert, als alle anderen Projekte, die doch immer von gewissen Kreisen im Interesse ihrer Vorherrschaft propagiert werden.

Reichskanzler und Reichspräsident.

Eine Besprechung in Freudenstadt.

BZ, meldet: Der Reichskanzler begibt sich heute abend zum Besuch des Reichspräsidenten nach Freudenstadt. Der Besuch des Reichskanzlers in Freudenstadt wird der Besprechung aller sich webenden politischen Fragen dienen. Die Vermutungen, die in Verbindung mit dieser Reise über eine angelegte Verschärfung der inneren Lage angestellt werden, sind, wie wir feststellen können, ohne Grundlage; insbesondere was die Frage des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung höherer Beschlüsse des Kabinetts nicht erforderlich gemacht. Eine Anregung in dieser Beziehung von Seiten der sozialdemokratischen Partei ist bei dem Kabinetts nicht erfolgt.

Die Reise des Ministerialdirektors Schüller nach Freudenstadt steht mit dem Besuch des Reichskanzlers bei dem Reichspräsidenten nicht im Zusammenhang.

Krisenmacher.

Das Ziel der Deutschnationalen in ihrem Kampfe um Groß-Berlin offenbart sich immer mehr: Groß-Berlin ist ihnen nur das kleinere, nächstliegende Objekt. In Wirklichkeit gehen ihre Absichten dahin, über den Streit um Groß-Berlin in Preußen eine Regierungskrise zu erzeugen, die ihnen vielleicht zu den von ihnen ersehnten Neuwahlen vor Fertigstellung der preussischen Verfassung verhilft.

Die „Post“ möchte diese Krise bereits feststellen. Sie erkennt freilich den Gipfel reaktionärer Verlogenheit, wenn sie die Sozialdemokratie als die Urheberin der Krise hinstellt und dabei die Behauptung aufstellt:

Von der Sozialdemokratie ging zuerst die Keimzelle des Bundesblocks aus.

Glatt gelogen! Kein Mensch in der ganzen Partei hat einen derartigen Wunsch geäußert. In einer Korrespondenz, die in diesem Falle nicht Anspruch darauf erheben kann, die Parteimeinung zu vertreten, wurde die Forderung nach sofortigen Neuwahlen erhoben. Aber auch das ist ganz etwas anderes als die Keimzelle des Bundesblocks, in den jetzigen Regierungsblock einzutreten. Dieser Wunsch ist lediglich von den Parteien der jetzigen Reichsregierung erhoben worden, hat aber in der Sozialdemokratie, auch in der vorgenannten Korrespondenz, einmütige Ablehnung erfahren. Auch was die reaktionäre Presse über den außerordentlichen Bezirkstag von Groß-Berlin anführt, beruht teils auf Entstellung, teils auf außerordentlicher Uebertreibung der Ausführungen einzelner Redner, die übrigens keineswegs die Stimmung der Versammlung hinter sich hatten. In der Verhandlung konnte gar kein Zweifel sein, daß auch die Berliner Parteigenossenchaft an ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung gar nicht denkt.

Mit einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, betitelt „Blod Stresemann-Scheidemann?“, verlobt es sich nicht, sich ernsthaft auseinanderzusetzen. Der Artikel geht von der Voraussetzung aus, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Handeln nur ein einziges Motiv kenne, die „Futterkripenfahndung“. Trete die Partei in die jetzige Regierung ein, so gelte das aus Scheidemann nach der Futterkrippe, weil ihr die Anzahl der jetzt für sie freiverdenden Regierungsposten nicht genüge und sie auf Grund einer späteren Wahl

noch mehr Futterplätze zu erhalten hoffe. Auf diesem Niveau Politik zu treiben, überlassen wir neidlos dem Stollorgan des Bundes der Landwirte.

Erster beidseitig sich die „Kreuzzeitung“ mit dem deutschen nationalen Antrag, das Gesetz Groß-Berlin außer Kraft zu setzen. Der Antrag kann in der Preussischen Landesversammlung nur mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten angenommen werden. Auf das Zentrum rechnet die „Kreuzzeitung“ mit ziemlicher Bestimmtheit. Aber seine Stimmen genügen nicht, die Demokraten sind ausschlaggebend. Und hier kommen der „Kreuzzeitung“ selber Bedenken, ob die Demokraten wohl den verlangten Schritt tun werden. Sie bezweifelt es aus folgenden Erwägungen:

Bekanntlich beruht die Regierung in Preußen noch immer auf der Koalition der Sozialdemokratie, der Demokratie und des Zentrums. Wenn nun in einer Frage, wie der Groß-Berliner, die die Reichssozialisten aus tatsächlichen Gründen nicht als nebensächlich behandeln dürfen, die bürgerlichen Koalitionsparteien mit Hilfe der außerhalb der Koalition stehenden bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten überstimmen würden, so bedeutete das ohne Zweifel das Ende der Koalition, gleichzeitig aber auch eine stärkere Oppositionstellung der Sozialdemokratie, die sich dann ja nicht auf Preußen beschränken würde. Wollten die Demokraten schon das vermeiden, so kommt für sie noch hinzu, daß bei einer Regierung, in der zum mindesten die Deutsche Volkspartei vertreten wäre, auch mit der baldigen Abaräumung von Neuwahlen gerechnet werden müßte. Und die zu scheuen haben die Demokraten allen Anlaß. Deshalb ist es schon denkbar, daß sich eine genügende Anzahl demokratischer Abgeordneter finden würde, die lieber die sozialistische Diktatur in Groß-Berlin auf sich nimmt und deshalb die Forderung auf Abänderung des Groß-Berliner Gesetzes zu Fall bringt.

Diese Situationschilderung enthält manches Zutreffende, namentlich auch, was die Konsequenzen für die Reichspolitik betrifft. Die Demokraten sollten daraus ersehen, daß sie mit jeder Unterstützung des deutschnationalen Antrages nur das Spiel der Rechten spielen. Wenn das „B. Z.“ darauf rechnet, daß die Demokraten bei einer solchen Taktik zahlreiche Verbündete im Lager der Sozialdemokratie finden werden, so möge es diese Hoffnung nur ruhig begraben. Darüber ist die Sozialdemokratie sich rechtlos einig, daß die Regelung der Groß-Berliner Angelegenheiten, nachdem Groß-Berlin einmal zustande gekommen ist, nur noch und ausschließlich Sache der Groß-Berliner sein kann. Auch das „B. Z.“ sollte als demokratisches Blatt soviel von den Grundbegriffen der Demokratie verstehen, daß es nicht über „Diktaturgelüste“ zu fernem beginnt, wo in Wirklichkeit der Mehrheitswille der Wähler entscheidet. Was die Mehrheit der Wähler bestimmt, mag man bedauern oder jubeln. Aber einen Mehrheitsbeschluss außer Kraft zu setzen, weil man sich nicht damit einverstanden ist, das bedeutet den Anfang vom Ende jeder Demokratie.

Rückgabe von Kriegsmaterial.

Züge, die nicht anzuhalten sind.

Von zutändiger Stelle wird mitgeteilt: Der Abtransport des nach dem Friedensvertrag von Versailles an die alliierten und assoziierten Regierungen abzuliefernden Luftfahrzeuggeräts ist im wesentlichen pflichtgemäß beendet worden. Es folgt nunmehr die Abgabe der Waffen, Munition und anderen feinerzeit erbehaltenen Kriegsmaterials an Frankreich und Belgien. Die für Frankreich bestimmten Sendungen werden aus allen Teilen des Deutschen Reichs kommend über Bismarckshöhe, die für Belgien bestimmten über Biersen geleitet. Im ganzen wird es sich um etwa 200 Waggons handeln. Die einzelnen Waggons bzw. Wagengruppen werden die Bezeichnung tragen:

Belegkriegsmaterialtransport westwärts zur Erfüllung des Friedensvertrages an Frankreich (Bismarckshöhe) — Belgien (Biersen).

Es wird darauf hingewiesen, daß diese Transporte nicht aufgehalten werden dürfen und daß ihre reibungslose Durchführung im Interesse des Deutschen Reichs liegt.

Als das Sozialistengesetz zusammenbrach

Aus Briefen von Friedrich Engels.

Ein paar wertvolle Erinnerungen an das Jahr 1890, an seinen gewaltigen sozialdemokratischen Wahlsieg, der den Sturz Bismarcks herbeiführte und den Niederbruch des Ausnahmengesetzes endgültig bestätigte! Die „Sozialistischen Monatshefte“ veröffentlichten sie in zwei bisher unbekanntem Briefen von Friedrich Engels, die ein Echo jenes großen Ereignisses und seiner nächsten Wirkungen in Politik und Parteientwicklung waren. Der siebzehnjährige Engels richtete sie an unseren Conrad Schmidt, dem er damals wie anderen aus dem jungen Nachwuchs der Partei seine Kunst als Erzähler zum wissenschaftlichen sozialistischen Denken zuwandte. Von seiner Reife, von seinen Strichen mit weiten Ausblicken geschichtliche und politische Vorgänge und Logen zu kennzeichnen, zeigen wieder einmal diese Briefe an Conrad Schmidt. Wie der Sieg der deutschen Arbeiter, auf die er seit der parlamentarischen Ministerarbeit gegen die erste Internationale alle Hoffnungen gesetzt, sein Herz erfüllte, geht aus dem ersten, aus London am 12. April geschriebenen Briefe ersichtlich hervor. Er schlug das Ereignis hoch an und war voll Vertrauen, daß die Arbeiter mit dem Pfund, das sie gewonnen, zurechtkommen würden. Er schrieb:

„Unser Wahlsieg war in der Tat staunenswert, und der Erfolg in der Außenwelt war ebenso großartig. Die Bismarckschen Erfolge hatten uns, das heißt den Deutschen überhaupt, Respekt als Soldaten verschafft, aber den Respekt vor dem persönlichen Charakter qua Deutscher eher vermindert; die Wanderschaft der Bourgeois tat den Rest: die Deutschen schlugen sich gut, wenn sie gut kommandiert werden, aber kommandiert müssen sie werden; Selbstständigkeit, Charakter, Widerstandsfähigkeit gegen Tyrannen: davon ist bei ihnen keine Rede. Das ist für den Wähler anders. Man hat gesehen, daß die deutschen Bourgeois und Junker nicht die deutsche Nation ausmachten; der brillante Sieg der Arbeiter nach 10jährigem Druß, und unter dem Druß, hat imponiert, mehr als Königtum und Sedan; die Welt weiß, daß wir es sind, die den Bismarck gestürzt haben, und die Sozialisten aller Länder fühlen jetzt, ob es ihnen recht ist oder nicht, daß der Schwerpunkt der Bewegung nach Deutschland verlegt ist. Nach den Erfahrungen, die ich gemacht, ist mir auch gar nicht bang, daß unsere Arbeiter sich dieser neuen Stellung nicht gewachsen zeigen. Die neu gewonnenen Elemente werden in der richtigen Taktik noch nicht selbstbewußt sein, aber das wird ihnen bald anfliegen, und was die älteren Kriegskameraden nicht tun, das wird die Regierung in ihrer Weisheit schon besorgen. Die Haltung unserer gesamten Presse gegenüber den berühmten Erlässen (den Arbeiterschutz-Erlässen, die den drohenden Sieg des deutschen Proletariats bezeugen sollten, aber nicht konnten. Red.) beweist, wie das Sozialistengesetz da vorgezeichnet hat. Gewarnt sind schon das Feuer, und was 1878 noch eine gewisse störende Wirkung hatte momentan haben

können, nicht jetzt absolut nicht mehr. Ich weiß wohl, daß es Leute gibt, selbst in der neuen Fraktion, die gern auf die Arbeiterfreundlichkeit von oben patierend eingehen, aber die werden niedergestimmt, sobald sie den Mund aufstun. Püttlamer hatte ganz recht, das Sozialistengesetz hat eine enorme „erzieherische Wirkung“ gehabt, aber anders als er sich einbildete.“

Nach der zweite Brief, der am 5. August aus London abging, betont dieses Vertrauen zu dem gefundenen Sinn der deutschen sozialistischen Arbeiter. Die Geschichte nach 1890 hat durch den Verlauf, den der Kampf um den Arbeiterschutz nahm, bewiesen, daß es für sie eine Gefahr, von oben her eingezungen zu werden durch sozial Reformen, die immer nur unzureichende Reformen blieben, nicht gab und nicht geben konnte. Es gab aber noch andere Gefahren für die klare Weiterentwicklung der sozialistischen Arbeiterschaft. Die betrafen ihren theoretischen Sinn. Wie Engels in den siebziger Jahren der Verwirrung durch sein berühmtes Buch gegen Dühring, der einzigen Anfang in den sozialistischen Reihen zu gewinnen sahen, entgegengegriffen hatte, so wandte er sich jetzt gegen die Verwässerung der materialistischen Geschichtsauffassung, die aus der Sicht junger Gelehrter, Schriftsteller und Studenten drohte. Im zweiten Brief an Conrad Schmidt betonte er zu einer Diskussion, die in der „Berliner Volkstribüne“ über die Verteilung der Produkte in der künftigen Gesellschaft angefochten worden war: „Bei allen Beteiligten erscheint die sozialistische Gesellschaft nicht als ein in fortwährender Veränderung und Fortschritt begriffenes, sondern als ein stabiles, ein für allemal fixiertes Ding, das also auch einen ein für allemal fixierten Verteilungsmodus haben soll.“ Dieser Hinweis ist auch heute noch nicht überflüssig. Und noch viel mehr kann man das sagen von den dann folgenden Ausführungen über den historischen Materialismus, die Engels übrigens ein paar Monate später in einem weiteren berühmten Briefe an Schmidt (den den „Monatshefte“ bei dieser Gelegenheit wieder hätten abdrucken sollen) noch ergänzte. Engels schreibt:

„Überhaupt dient das Wort materialistisch in Deutschland vielen jüngeren Schriftstellern als eine einfache Phrase, womit man alles und jedes ohne weiteres Studium effizienter, das heißt diese Etikette aufklebt und dann die Sache abgetan zu haben glaubt. Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Gebot der Konstruktion à la Hegeliamerum. Die ganze Geschichte muß neu studiert werden, die Daseinsbedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen müssen in einzelnen untersucht werden, ehe man versucht, die politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen usw. Anschauungsweisen, die ihnen entsprochen, aus ihnen abzuleiten. Darin ist bis jetzt nur wenig geschehen, weil nur wenige sich ernstlich daran gesetzt haben. Darin können wir Hilfe in Massen brauchen, das Gebiet ist unendlich groß, und wer ernstlich arbeiten will, kann viel leisten und sich auszeichnen. Statt dessen aber dient die Phrase des historischen Materialismus (man kann eben alles zur Phrase machen) nur zu vielen jüngeren Deutschen nur dazu,

ihre eigenen relativ dürftigen historischen Kenntnisse (die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln!) sklavisch systematisch zurechtzufonstruieren und sich dann sehr gewaltig vorzukommen. . . . Einer der größten Dienste, die uns das Sozialistengesetz tat, war, uns von der Zudringlichkeit des sozialistisch angehauchten deutschen Studiosus zu befreien. Wir sind jetzt stark genug, auch den deutschen Studiosus verdauen zu können, der sich wieder sehr breit macht. Sie, der Sie wirklich etwas geleistet haben, müssen selbst bemerkt haben, wie wenige von den jungen Literaten, die sich an die Partei hängen, sich die Mühe geben, Ökonomie, Geschichte der Ökonomie, Geschichte des Handels, der Industrie, des Aders, der Gesellschaftsformationen zu treiben. Wie viele kennen von Maurer (dem Erforscher der deutschen Markgenossenschaften. Red.) mehr als den Namen! Die Suffizienz des Journalisten muß da alles leisten, und es ist auch danach. Es ist manchmal, als glaubten diese Herren, es sei alles gut genug für die Arbeiter. Wenn diese Herren wüssten, wie Marx seine besten Sachen noch immer nicht gut genug für die Arbeiter hielt, wie er es für ein Verbrechen ansah, den Arbeitern etwas Geringeres als das Allerbeste zu bieten!

Auf unsere Arbeiter, und nur auf sie, habe ich seit der brillianten Probe, die sie seit 1878 bestranden, unbedingtes Vertrauen. Sie, wie jede große Partei, werden in den Einzelheiten der Entwicklung Fehler begehen, vielleicht große Fehler. Massen lernen eben nur durch die Folgen ihrer eigenen Fehler, durch Experimente an eigenen Körper. Aber alles das wird überwunden, und bei uns viel leichter als anderswo, weil unsere Jungen in der Tat von unzerstörbarer Gesundheit sind, und dann, weil Berlin, das schwerlich sobald über sein spezifisches Berlinerum hinauskommt, bei uns nur formelles Zentrum, ähnlich wie London, nicht wie Paris in Frankreich. Ich habe mich über die französischen und englischen Arbeiter oft genug geärgert (trotz der Erkenntnis der Ursachen ihrer Mängel), aber über die Deutschen seit 1870 nie, wohl über einzelne Leute, die in ihrem Namen sprachen, nie über die Massen, die alles wieder ins Gleise brachten. Und ich möchte wetten, ich werde nie in den Fall kommen, mich über sie zu ärgern.“

Dieser Glaube Engels an die Selbstklärung der Arbeitermassen, an ihre Zurechtkommen auf Grund von Tatsachen und Erfahrungen, die ihren eigenen Aktionen entstammen, hat vor dreißig Jahren nicht getrogen, und wir glauben, er ist eine lebendige Kraft, die in der Arbeiterbewegung immer mit am Werk sein muß. Daß er bei Engels nicht blinder Optimismus war (was er natürlich nie sein darf), hing eben zusammen mit den Erfahrungen, die zuletzt der zwölfsjährige und trotz aller Schwere siegreiche Kampf gegen das Sozialistengesetz hatte ernten lassen.

Anut Hampus Nobelpreisträger! Den diesjährigen Nobelpreis für Literatur wird, wie aus Stockholm gemeldet wird, der norwegische Dichter Anut Hampus erhalten. Diese Entschädigung wird überall in der Welt ein freudiges Echo werden. Die Leiter des „Vorwärts“ stehen noch unter dem Eindruck des großen Romans „Segen der Erde“, den wir vor kurzem zum Abdruck brachten.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Eisenbahner.

Dresden, 13. September 1920.

Als Korreferenten zum Geschäftsbericht werden bestimmt: Stüber-Eberfeld zu Punkt Lohn- und Gehaltspolitik und Kammerer-München zu Betriebsratsfrage. Ein Antrag, den früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Eisenbahner, Hertel, solange von den Verhandlungen auszuschließen, bis die Beschwermmission ihren Bericht erstattet hat, wird abgelehnt. In seinem Korreferat betont Stüber, daß die Lohnpolitik des Verbandes in Zukunft anders gestaltet werden muß. An dem Zusammenbruch der Verbessehmittel seien nicht die Eisenbahner schuld, sondern die Bergwerksbesitzer und Stahlindustriellen, die durch ihre maßlose Preispolitik die Preise dauernd hochgetrieben haben. Die Schließung der Werksstätten sei von der Verwaltung lange vorher geplant worden und verfolgte politische Zwecke. Die Vorsitzenden der Organisation dürfen künftig keine Mandate zu den Parlamenten annehmen. Der Reichslohntarif in seiner heutigen Form muß in Zukunft vereinfacht werden, 4 Lohngruppen seien vollständig ausreichend. Den Eisenbahner muß das Existenzminimum gewährt werden, damit die Diebstähle aufhören.

Aus Erfurt ist folgendes Telegramm eingegangen: „Kühne verhaftet. Demonstration vor Amtsgericht stattgefunden. Ohne Erfolg. Weitere Aktionen sind zu erwarten. Verbandstag muß Stellung nehmen.“ Zur Klärung der Sachlage ist eine Kommission aus Erfurt entsandt. Ein Geschäftsordnungsantrag, eine elfgliedrige Kommission zur Prüfung der Erfurter Vorgänge einzusetzen, wird angenommen. Ein weiterer Antrag verlangt, die eingesehene Kommission solle sich mit dem Generalrat in Stuttgart, der zur Entlassung von 120 Eisenbahner geführt hat, beschäftigen. Nachdem die Kommission es abgelehnt hat, diesen Antrag zu verhandeln, wird er zur erneuten Prüfung überwiesen. Ferner ist folgender Dringlichkeitsantrag eingegangen: „Die Delegation der Ortsgruppe München stellt an die Generalversammlung die Anfrage, ob sich sämtliche Ortsverbände des D. E. V. mit einem Protestbrief der Münchener Eisenbahner einverstanden erklären können.“ Scheffel vom Vorstand wendet sich gegen diesen Antrag, über den später namentlich abgestimmt werden soll.

Als Redner der Gegner der Opposition erhält Schrader-Hehrte eine Stunde Redezeit. Er führt aus: Die wirtschaftlichen Fragen müssen von einer höheren Warte behandelt werden, als das von dem Korreferenten geschehen ist. Redner empfiehlt die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, warnt aber vor der Zerstückelung wirtschaftlicher Werte durch ungeeignete Maßnahmen. Er schließt unter dem stürmischen Beifall der Versammlung mit einem Appell zur gemeinsamen Arbeit.

Der Berichterstatter der Beschwermmission Gladigau-Magdeburg behandelt den Fall des Stuttgarter Verbandsangehörigen Michel, der auf Beschluß des Vorstandes von seinem Posten entfernt wurde. Er richtet dabei scharfe Angriffe gegen den Vorstand und ganz besonders gegen den Vorsitzenden Brunner. Letzterer verteidigt sich gegen die Angriffe. Er habe nicht aus einer persönlichen Abneigung gegen Michel Stellung genommen, obwohl er ihn für ungeeignet hält, einen Verbandsposten zu bekleiden. Im Vorstand war allgemein die Auffassung verbreitet, daß Michel die treibende Kraft in der Frankfurter Opposition sei, die ihre Tätigkeit darin erblickt,

bauernd die gewerkschaftliche Arbeit zu führen.

Es wird beschlossen, Michel im Verbandsrat weiter zu beschäftigen. Nachdem das Vorstandsmitglied A. Pisch den Bericht der zur Untersuchung der Erfurter und Stuttgarter Vorgänge eingesetzten elfgliedrigen Kommission gegeben hat, werden folgende Entscheidungen angenommen:

Die Generalversammlung des D. E. V. ist unter allen Umständen gewillt, die Neutralität zu wahren und die Waffenverschiebungen zur Stärkung der Reaktion im In- und Auslande zu hindern.

Sie empfiehlt den Eisenbahner folgende Richtlinien zur praktischen Durchführung. Die Kontrolle auf dem Eisenbahngelände übernehmen die Eisenbahner einzig und allein selbst.

Die uns durch den Friedensvertrag aufgezwungenen Konventionen müssen durchgelassen werden.

Die Transporte für die Regierung dürfen nur gefahren werden, wenn der dazu gehörige Frachtbrief mit laufender Nummer der Genehmigungsvorführung, Unterschrift und Siegel des Reichswehrministeriums oder der höchsten Polizeistelle des Landes versehen ist. Die ziffermäßige Angabe ist in Worten auszuweisen. Auch die Art des Inhalts ist genau zu deklarieren.

Auf allen örtlichen Dienststellen, sowie auf den Direktionen haben sich Kommissionen der Arbeitnehmer gemeinsam mit der Verwaltung zu bilden.

Wird eine Einstimmigkeit auf einer Dienststelle nicht erzielt, so ist die Kommission auf der Direktion anzurufen.

Herrscht auch dort keine Einstimmigkeit, so entscheidet der Entnahmungskommission gemeinsam mit den Gewerkschaften endgültig.

Die Vernichtung der Munition in Erfurt ist auf das Schuldkonto der Reichsregierung zu setzen, weil sie es veräumt hat, im Benehmen mit den Organisationen — trotz deren Drängen — bestimmte und klare Richtlinien rechtzeitig herauszugeben.

Dadurch, daß das Reichswehrministerium ein diesbezügliches Telegramm der Vertreter der Erfurter Eisenbahner nicht beantwortet hat, sind dieselben zu der Auffassung gekommen, daß den verantwortlichen Instanzen nichts an der Mitwirkung der Arbeiterchaft bei der Aufrechterhaltung der Neutralität lag.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Erfurter Kollegen, von dem Willen befeuert, Menschenleben zu verhindern, über das Ziel hinausgeschossen haben.

Die Kommission ist der Überzeugung, daß es Pflicht der Organisation ist, die Wiedereinstellung des zu Unrecht entlassenen Kollegen Kehler mit allen Mitteln zu betreiben.

Desgleichen soll der Verbandsvorstand für die Entlastung und Wiedereinstellung der beiden anderen Kollegen mit aller Entschiedenheit wirken.

Umkehr zur Vernunft!

Am letzten Sonntag hielt die Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab. Die Versammlung hatte sich u. a. auch mit dem Antrag auf Aufhebung des unter der Leitung des jetzigen Vorstandsmitgliedes Brandes beschlossenen Votums der Magdeburger „Vollstimme“ zu beschäftigen. Begründet wurde der Antrag vom Genossen Rische. Dem unabhängigen Bevollmächtigten Kaufmann, der die Versammlung leitete, schien die Begründung äußerst unangenehm. Wiederholt unterbrach er den Redner. Die Versammlung verbat sich diese Unterbrechungen und als Kaufmann seine Unterbrechungen fortsetzte, brach ein Sturm der Empörung los. Der anwesende frühere Bevollmächtigte Alwin Brandes wollte in seiner bekannten Wiederkehrerrolle die von 4000 Personen besuchte Versammlung beruhigen.

Brandes erriet jetzt, was er getan hat. Als er sprechen wollte, wurde der Sturm zum Orkan. Auf wie Schieber, diese Schiebererben haben wir jetzt satt usw. müßte Brandes über sich ergehen lassen und, ohne sprechen zu können, abtreten. Die Versammlung konnte in dem allgemeinen Tumult nicht zu Ende geführt werden.

Arbeitgeber für die Betriebsorganisation.

In letzter Zeit haben sich die Arbeiter der verschiedenen Berufe und Betriebe des öfteren mit der Frage der revolutionären Betriebsorganisation beschäftigt. In Hunderten von Versammlungen wurde ihnen von den Anhängern der R.A.P.D. die Notwendigkeit der Zerstückelung der freigewerkschaftlichen Organisation vor Augen geführt. Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ist angeblich erster Grundgedanke dieser wirklich revolutionären Gebilde. Sagt doch ihr Programm in seinem ersten Absatz: „Zweck der revolutionären Betriebsorganisation ist die Zusammenfassung aller revolutionären Arbeiter. Ziel ist Erlämpfung der Diktatur des Proletariats. Dieses Ziel bedingt nicht nur Bekämpfung der Kapitalherrschaft mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln, sondern auch den Kampf gegen alle Organisationen (freie, inddividualistische usw.), deren Form und Tendenz diesem Kampfe hinderlich sind.“

Um nun dieses Ziel zu erreichen, nimmt man sich die Arbeitgeber zu Hilfe. In verschiedenen Versammlungen referierte ein Herr Schubert, unter anderen auch am Montag bei den Straßenbahner. Dieser Herr konnte nicht genug Worte finden, um für die Sozialisierung der Betriebe sowie für die Diktatur des Proletariats einzutreten. Um der Berliner Arbeiterchaft die Möglichkeit zu geben, sich mit den irrevolutionären Rauschhelden etwas näher bekannt zu machen, wollen wir es nicht unterlassen, die nähere Adresse dieses Referenten mitzuteilen. Es ist der Inhaber der Bäckerei und Konditorei F. Schubert, Charlottenburg, Galvanistraße 3.

Nicht nur bezahlte Subjekte der Unternehmer treiben in der „revolutionären“ Betriebsorganisation eine verwerfliche Tätigkeit, sondern selbst Arbeitgeber treten für sie ein. Ausgehend von dem Gedanken, daß eine zerstückelte Arbeitnehmerschaft nicht gefährlich werden kann, sorgen sie dafür, daß die gewerkschaftlich organisierte Front der Arbeiter zerstört wird, um ihre eigenen Vorteile zu wahren.

An der Arbeiterchaft liegt es, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Arbeiter! Reißt den Klündern der neuen Idee die Maske vom Gesicht; zeigt ihnen, daß ihr nicht Willens seid, euch auseinanderreißen zu lassen. Tretet ein für die Geschlossenheit der Arbeiterchaft in den freien Gewerkschaften.

Streik bei der Handelsgesellschaft Raiffeisenischer Genossenschaften.

Seit Monaten fiebern die Angestellten bei der oben genannten Firma in einer Lohnbewegung. Trotz vieler Verhandlungen waren die Geschäftsführer dieser Firma nicht zu überzeugen, daß die Aufbesserung der Gehälter der Angestellten unbedingt notwendig sei. Gehälter für verheiratete Angestellte von 600—800 M. sind nach Ansicht der Firmenleitung und des Syndikats des Arbeitgeberverbandes durchaus angemessen. Nur eine kleine Anzahl von Beschäftigten beziehen höhere Gehälter, aber das sind, wie gesagt, nur wenige. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wurde von den Angestellten angerufen und hat Gehälter festgesetzt, die nach unserer Überzeugung bei weitem nicht zur Anschaffung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ausreichen. Aber auch dieser Schiedsspruch wurde von der Firmenleitung abgelehnt. Die Angestellten sind daher Freitag früh geschlossen in den Streik getreten. Kaufmännische Angestellte! Nehmt bei dieser Firma keine Arbeit an. Ausschluß über den Streik gibt der Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 17 I.

Die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie protestieren!

Eine äußerst stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung von der Sektion 5 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes nahm Donnerstag zu den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie Stellung. Der Sektionsleiter Fromke gab einen eingehenden Bericht über den bisherigen Gang der Verhandlungen und wies auf die Schwierigkeiten sowie Schwerefälle hin, die diese Verhandlungen begleiten. Wie schwer diese Verhandlungen geführt werden, geht sehr deutlich daraus hervor, daß der Rahmenvertrag, der dem ersten Kollektivabkommen vom Jahre 1918 beigegeben war, bereits am 1. April 1919 zum 1. Oktober 1919 gekündigt worden ist; trotzdem seit der Kündigung bereits 1 1/2 Jahre verstrichen sind, sei bisher noch kein Erlaß geschaffen.

Auch der Lohn- und Eingruppierungsvertrag, den der Schiedsspruch vom 21. August und die Teilschiedsprüche vom 2. November 1919 bildet, sind ebenfalls am 15. März zum 30. April 1920 gekündigt worden.

Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages sind geführt worden, soweit sie die Eingruppierung betreffen. In zwei Sitzungen haben die Transportarbeitervertreter mit den Arbeitgebern verhandelt, die aber infolge der unüberbrückbaren Gegensätze zu keiner Verständigung führten. Die Eingruppierung der Transportarbeiter ist somit auch abermals von einem unparteiischen Schiedsgericht vorgenommen worden. Der gefällte Schiedsspruch trägt den Forderungen der Transportarbeiter sehr wenig Rechnung und läßt im großen und ganzen alles beim früheren Stande. Die Transportarbeiter sehen sich genötigt, gegen die weiteren bestehenden Ungerechtigkeiten den Kampf von neuem aufzunehmen.

Soweit ein neues Lohnabkommen in Betracht kommt, ist noch gar keine Stellung genommen worden. Die Arbeitgeber haben es bisher äußerst gut verstanden, sich um diese Frage herumzudrücken. Auch eine Anregung der Arbeitnehmer, bis zum Abschluß des neuen Lohnvertrages eine Teuerungszulage von 1 M. pro Stunde als Ausgleich zu zahlen, fand die Ablehnung der Arbeitgeber. Wann zu der Neuregelung in der Festsetzung der Löhne Stellung genommen werden kann, sei äußerst ungewiß.

Alle Diskussionsredner unterstützten die Ausführungen des Berichterstatters und wiesen ergänzend auf die verlängerte Arbeitszeit in diesen Betrieben hin, wodurch weitere Verschlechterungen eintreten und die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben werden.

Die Versammlung beschloß einstimmig, zu Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, eine Protestversammlung aller Transportarbeiter und Arbeiterinnen nach dem Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14/15, einzuberufen, in der Stellung zu den Vorgängen in der Metallindustrie zu nehmen ist. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß sich die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie ihrer Aufgabe bewußt sind und hoffen, daß diese Demonstration von allen auf das Rachdrücklichste propagiert und unterstützt wird.

Der Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Reichsabteilung im Deutschen Transportarbeiterverband) hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshaus eine Sektions-Mitgliederversammlung ab. Renz berichtete zunächst über die im August abgehaltene Reichskonferenz für sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Dann berichtete er über die Verhandlungen mit dem Reichspostministe-

rium in der Lohnstarifrage, die am 31. August zum Abschluß eines neuen Lohnstarifs führten, der vom 1. Juni bis zum 30. September gilt. Rückwirkende Kraft hat der Lohnstarif nur für die Lohnempfänger, die am 1. August 1920 sich im Dienst befanden. — Der gesamte Reichstarif läuft Ende September ab. Die Verhandlungen über seine Neugestaltung haben vor einiger Zeit begonnen und schweben noch.

Über die Art der Durchführung der Dienstleistung wurden dann von verschiedenen Seiten mancherlei Beschwerden vorgebracht. Für den ganzen Ober-Postdirektionsbezirk Berlin wurde eine einheitliche Regelung der Streckung verlangt. Schmidt von der Sektionsleitung teilte gegenüber den Beschwerten mit, daß bereits mit der Ober-Postdirektion verhandelt worden sei, um die Unliebsamkeiten zu beseitigen, die durch die verschiedene Handhabung der Streckung auf den verschiedenen Ämtern sich ergeben hätten. Auf Grund der Aussprache mit der D. P. D. sei nunmehr die einheitliche Regelung der Streckung im Gange, und die Ober-Postdirektion sei der Meinung, daß man bei allgemeiner Streckung mit einer 10prozentigen Streckung auskommen werde, daß also jeder 10 Prozent der Dienstleistung auszusparen habe, wofür keine Bezahlung erfolge.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Sonntag, den 12. September, vormittags 9 Uhr, im Rosenhäger Hof, Rosenhäger Str. 11/12: Versammlung sämtlicher Mühlenarbeiter Groß-Berlins. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission über die stattgefundene Verhandlung unserer eingereichten Forderungen.

Deutscher Gutarbeiter-Verband. Betriebsräte und Betriebsobleute. Sonntag, den 19. September, vormittags 10—12 Uhr, bei Schulz, Elisabethstraße 30. Delegiertenwahl zum Betriebsratskongress.

Deutscher Transportarbeiterverband. Hausdiener, Bader und Baderinnen in den Schuhfabriken. Heute abend 8 Uhr bei Schreiber, Holzmarktstr. 65: Versammlung. Tagesordnung: Wie stellen wir uns zur Forderung des 25 prozentigen Lohnzuschlages in den Schuhfabriken.

Soziales.

Die Metallindustrie nach Kriegsende.

In der Eisen- und Stahlindustrie ist die Umgestaltung der Betriebe von der Kriegszeit auf die Friedenszeitigkeit mit ziemlichen Härten für die Arbeiterchaft durchgeführt worden. Es mußte meist eine merkliche Verringerung der Arbeitnehmerzahl vorgenommen werden. Lehrreichen Aufschluß geben darüber die Berichte der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften. Es verminderte sich z. B. von 1918 auf 1919 die Zahl der „Vollarbeiter“ (das sind 300 Arbeitstage) bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft auf 262 860 auf 195 803, Hütten- und Walzwerks-B. G. von 302 234 auf 232 140, Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-B. G. von 352 312 auf 282 404, Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-B. G. von 207 507 auf 203 223, Norddeutsche Eisen- und Stahl-B. G. von 180 170 auf 144 053, Sächsische Eisen- und Stahl-B. G. von 128 898 auf 120 150, Nordwestliche Eisen- und Stahl-B. G. von 205 151 auf 184 714 usw. Das sind doch ganz erhebliche Verminderungen der Arbeiterbestände! Vielfach geht die Zahl der im Jahre 1919 Beschäftigten Arbeiter unter die von 1918, also vor dem Kriege herab, so bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-B. G., die 1918 zusammen 239 379 Arbeiter beschäftigte, der Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-B. G. mit 288 309 usw. Wenn man bedenkt, daß die Metallindustrie während der Kriegszeit fast zum größten Teile für den Kriegsbedarf tätig war, so muß man sich wundern, daß die Betriebsumstellung so rasch vor sich ging.

In den ganz erheblich gestiegenen Lohnsummen kommt die Geldentwertung zum Ausdruck. Es stieg beispielsweise von 1918 auf 1919 die Gesamtsumme der gezahlten Löhne und der Durchschnittslohn eines Arbeiters bei der Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-B. G. von 410 auf 1159 Mill. M. bzw. von 1423 auf 4106 M. Die höchsten Löhne zahlt die Hütten- und Walzwerks-B. G. mit durchschnittlich 1741 M. im Jahre 1918 und 5438 M. im Jahre 1919.

Die Entschädigungen (Renten usw.) sind in ihren absoluten Beträgen wohl gestiegen, in ihren verhältnismäßigen aber erheblich zurückgegangen. Da sich eine Unfallsrente neben dem Grade der Arbeitsunfähigkeit eines Verletzten nach dessen Jahresarbeitsverdienst richtet, müßte mit dem Steigen der Lohnsummen auch die Summe der gezahlten Entschädigungen wachsen oder sich, auf eine bestimmte Lohnsumme bezogen, immer gleich bleiben. In Wirklichkeit ist das jedoch nicht der Fall, die Entschädigungsbeträge verminderten sich, auf je 1000 M. der gezahlten Löhne bezogen, von 1914 auf 1919 bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-B. G. von 12,87 auf 4,68 M., in ähnlichem Verhältnis auch bei den anderen Berufsgenossenschaften. Hier zeigt sich deutlich der Krebsgang der Unfallversicherung, der darin seine Ursachen hat, daß die früheren Unfälle nach dem seinerzeitigen Jahresarbeitsverdienst weiter entschädigt werden und daß der 1800 M. übersteigende Jahresarbeitsverdienst nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt. Dieser Unzulänglichkeit ist erst in diesem Jahre durch die Rentenzulagen ein wenig gesteuert worden. Die Unfälle sind in ihrer Zahl überhaupt etwas zurückgegangen, in ihrer verhältnismäßigen Ziffer aber weiter gestiegen. Namentlich die Zahl der entschädigten (schwereren) Unfälle nahm weiter zu.

Verantw. für den Redakt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glaser, Berlin; Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Charlottenburg. Nr. 10. Preis 1 Blatt.

Von vielen Reifen,

die angeboten werden, wird bestimmt ein er Sie nicht enttäuschen — dafür bürgt sein Name —

Continental Reifen

Für Kraftwagen idealste Bereifung mit der abnehmbaren

Original-Felge Continental

Körper- und Geistesfrische hängen mit dem Zustande des Blutes zusammen.

Es ist deshalb wichtig, darauf zu achten, daß vollwertiges Blut in den Adern fließt, daß vor allem genügend rote Blutkörperchen in demselben LECIFERRIN-TABLETTEN enthalten sind. werden mit durchgreifendem Erfolg angewandt, um einen normalen Gesundheitszustand zu erhalten. Preis M. 6.— in Apotheken.

Groß-Berlin

Ein Verschleppungsmanöver

in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Der Kampf um die Besetzung des Magistrats für die neue Stadtgemeinde Berlin wird von den bürgerlichen Parteien mit erbitterter Hartnäckigkeit geführt. Erfolg versprechen sie sich jetzt von dem in der Preussischen Landesversammlung eingebrachten Antrag der Deutschen, das Gesetz über Groß-Berlin einzuweisen nicht in Kraft treten zu lassen.

Zu diesem Plan paßt das Verschleppungsmanöver, durch das die für gestern angelegte Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung verhindert wurde. Die Sitzung war einberufen worden zur Reuektion von Magistratsgehaltern, die nötig geworden ist, weil der Oberpräsident die bereits gefassten Beschlüsse zum Teil beanstandet. Die Einladung nannte aber als Sitzungstag „Donnerstag, den 15. September“ (statt 16. September) und sie gelangte nicht mindestens zwei Tage vor dem Sitzungsbeginn in die Hände aller Stadtverordneten, wie die Geschäftsordnung es vorschreibt. Das bot den rechtsstehenden Parteien eine erwünschte Handhabe, die Sitzung zu hintertreiben.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Vortrager Dr. Wehl hat Stadtv. Dr. Caspari (Deutsche Volkspartei) ums Wort und führte aus: Ich widerspreche dem Eintritt in die Tagesordnung, weil die Sitzung nicht ordnungsmäßig einberufen ist. Ich lege keinen Wert auf den Fehler im Datum, wohl aber auf die Nichtachtung der Vorschriften, daß die Einladungen mindestens zwei Tage vorher erfolgt sein müssen. Sie sind erst im Laufe des Dienstags abgegangen, und manche Stadtverordneten haben sie erst am Abend erhalten, so daß hier die vollen zwei Tage bis zur Sitzung nicht gewahrt sind.

Vorleser Dr. Wehl: Wir haben so gehandelt, wie es bisher in der Berliner Stadtverordnetenversammlung oft Brauch war. (Niemand! Niemand!) Sie können nicht „Niemand“ sagen. Ich gebe aber zu, daß nach dem strengen Wortlaut der Geschäftsordnung der Widerspruch berechtigt ist — und ich habe ja die Rechte der Minderheit zu wahren. Unterzügen, wie vorgeschrieben ist, mindestens 15 Mitglieder den Widerspruch? (Gehäuselt.) Dann ist die Sitzung gescheitert. (Rufe bei den U. Soz.: Das sind die Helden!) Die nächste Sitzung wird Dienstag um 5 Uhr stattfinden. (Rufe bei den U. Soz.: Mit dieser Gesellschaft —!)

Während der Saal sich langsam leerte, machte die Erregung sich noch in manchen Rufen Luft. Die rechtsstehenden Parteien, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei usw., freuten sich des Streiches — und die Demokraten schmunzelten dazu.

Berlins Entwaffnung.

Berlin entwaffnet sich. Was seit den Märzunruhen ein recht ungewohnter Anblick geworden war, gehört seit zwei Tagen wieder zu dem täglichen Straßenbild Berlins: Zivilisten mit Militärwaffen, die alle dem einen Ziel zustreben, der Waffenabgabestelle. Deutlich sieht man ihnen eine gewisse Scheu an. Aber es gibt pro Gewehr 100 M., das entscheidet. Und gedulbig nimmt man den Spießrutenlauf mit in Kauf. Als man merkte, daß man nicht allein war, wurde man schon etwas sicherer. Und als es sich erst herumgesprochen hatte, daß man auf der Abgabestelle keinen Namen, auch nichts über die Herkunft der Waffen anzugeben brauchte, war der Rest des bösen Gewissens verflogen und man wagte bald wieder zu schimpfen darüber, daß man so lange warten mußte, bis man heran kam.

Alle Arten von Waffen wurden herangeschafft. Inländische Modelle, ausländische, ältere, neuere und ganz neue, Maschinengewehre, teilweise oder ganz, Richtteile von Geschützen, auch Flammen- und Minenwerfer. Alle Stände waren vertreten. Sichtlich tat es jedem leid, daß die teilweise völlig neuen Waffen sofort nach Abgabe auf dem Amboss gelegt wurden, um mit einem schweren Schmiebehämmern unbrauchbar gemacht zu werden. Ein Schlag auf die Mündung verbiegt den Lauf so, daß kein Schuß mehr durch ihn hindurch kann.

Ein zweiter Schlag auf die Schloßbrücke macht die Einföhrung des Schlosses unmöglich. Das Schloß selber

zu zerstören hat sich nur bei den ausländischen Gewehren als ohne gewisse Gefahr durchführbar erwiesen. Die deutschen Schloßer sind so vorzüglich gehärtet, daß sie schon bei schwachen Schlägen zersplittern, nicht ohne Gefahr für die Umstehenden.

Ein Mann empfängt sein Geld für einen Richtteil eines Geschüßes. „Schade, daß ich nicht alles mitbringen kann, aber die übrigen Teile sind bei anderen.“ „Schade um das schöne Gewehr“, hört man fortwährend. Ein alter Herr mit einem Tier-Modell kommt herein. Man sieht, die Waffe ist mit Verständnis und Liebe gepflegt. Ein Offizier a. D. Ihm stehen die Tränen in den Augen, als er sie abgibt. „Es ist mir ja nicht um das Geld zu tun, aber meine Frau konnte sie nicht mehr an der Wand hängen sehen, und Sie wissen ja, da ging es eben nicht anders.“ Ein und derselbe

Stadtverordnete und Bezirksverordnete!

Sonnabend 6 Uhr im Bürgeraal des Berliner Rathauses, Eingang von der Königsstraße: Konferenz der Stadtverordneten und Bezirksverordneten der neuen Stadtgemeinde Berlin. Da es sich um wichtige Mitteilungen handelt, ist das Erscheinen aller erwünscht.

Es haben nur Stadtverordnete und Bezirksverordnete Zutritt. Als Legitimation gilt die amtliche Bestallung zum Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung oder einer Bezirksversammlung, außer dem das Mitgliedsbuch der zuständigen Parteiorganisation.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion.

Man, der sicherer Waffenschieber ist, kommt mehrere Male: der Bote eines Gewehrvereins. Sogar einige japanische Modelle wurden abgeliefert. Ein Pappkarton mit 300 Schuß Munition, wie neu, ab Fabrik verschwendet, wird angeklebt. Abgabestelle für Munition ist in Reinickendorf, West, Spandauer Weg 10. Also muß man sie wieder zurücknehmen.

Während der ganzen Abgabestunden herrscht auf allen 25 Stellen lebhafter Betrieb. Genauere Zahlenangaben über das Ergebnis der ersten Tage werden erst im Laufe des Tages bekannt werden.

Die Magistratsbezeugten.

Der fünfundschwanziger-Wahlaußschuß trat am Donnerstag abend zum 13. Male unter dem Vorsitz Dr. Wehls zusammen. Zu Beginn hielten die beiden eingeladenen Kandidaten Dr. Karl Müller vom städtischen Fuhramt und Vergasseffor Horten von der Abwidelungsstelle des Kriegsministeriums kurze Vorträge. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Vergasseffor Horten, der mit den Stimmen der beiden sozialistischen Parteien als Kandidat aufgestellt werden wird. Horten war früher stellvertretender Direktor bei dem kriegsindustriellen Werl Uffgen.

Sodann wurde in die Beratung eingetreten über die Kandidaten über das Berliner Verkehrswesen. Nach längerer eingehender Beratung wurde mit 14 Stimmen beschloffen, den jetzigen stellvertretenden Direktor Prof. Giese vom Verband Groß-Berlin als Kandidaten vorzuschlagen. Der Gegenkandidat Dr. Adler von der Großen Berliner Straßenbahn erhielt 10 Stimmen. Zum Schluß einigte man sich dahin, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, daß

ein Volkbezeugnat für das Siedlungswesen geschaffen werden soll. Es soll dann mit einem der noch zu wählenden Stadträte (Gehalt 18 200 Mark zuzüglich 50 Prozent Feuerungszulage) besetzt werden. Bei der Wahl der Stadträte will man Rücksicht nehmen auf einen für dieses Amt befähigten Mann.

2 1/2 Millionen für unsere Schuljugend.

Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von 2 714 950 M. für den Erholungs- und Aufenthalt gesundheitlich gefährdeter Schulkinder in der Zeit vom 7. Juni bis 3. Juli und vom 9. August bis 4. September und für die Ferienspiele in der Zeit vom 5. Juli bis 7. August. Seit einigen Jahren findet auf den großen Ruhenspielflächen Berlins der Erholungsurlaub für gesundheitlich gefährdete Schulkinder statt. Er erstreckt sich auf die Zeit von 4 Wochen vor und 4 Wochen

nach den großen Ferien. Während der Ferien finden die Ferienspiele statt. Die Kinder, welche an dem Erholungsurlaub teilnehmen sollen, werden vom Schulsrat ausgesucht. Es sind ungefähr 12 000. An den Ferienspielen kann dagegen jedes Kind teilnehmen. Der Andrang zu den Ferienspielen war sehr stark. Es war mit einer täglichen Besucherzahl von 13 000 Kindern gerechnet worden, an einigen Tagen aber belief sich der Besuch auf über 40 000 Kinder. Die Durchschnittszahl der Besucher während der Ferienspiele betrug 28 000 Kinder. Die Gesamtkosten für die Ferienspiele und den Erholungsurlaub dieser Kinder betragen 2 714 950 M.

Was der Pastor zustande brachte!

Aus der Berliner DankeKirchengemeinde erfahren wir von einem „Seelhergertischen“ Eifer, der wegen seiner gewiß nicht erwarteten Wirkung weite Kreise bekannt zu werden verdient.

Dort amtiert Pastor Egidi, der auf „strenge Jucht“ hält. Von der kürzlich vollzogenen Konfirmation hat er einen 14jährigen Schüler ausgeschlossen, weil er ihm noch nicht genügend „Jüdenrein“ schien. Gegen Ende vorigen Winters gab der Knabe, der seit Herbst den Konfirmandenunterricht besuchte, dem Pastor ein paar mal Anlaß zu Tadel. Die herzlich gefundene Mutter, eine Kriegervitwe, hatte von einer persönlichen Rücksprache mit dem Pastor den Eindruck, daß eine Verständigung erreicht sei und die Sache nicht angekreidet werden solle. Im Sommer wurde dann der Junge durch Vermittlung der Schule zur Kräftigung seiner Gesundheit nach Ostpreußen geschickt, so daß er dem Konfirmandenunterricht des Pastors Egidi von der ersten Hälfte des Juni bis in die zweite Hälfte des August fernblieben mußte. Als er nach Berlin zurückkehrte und sich wieder zum Unterricht einfinden wollte, gab er auf Befragen dem Pastor an, daß er in Ostpreußen keinen Unterricht gehabt habe. Danach erklärte Pastor Egidi, er werde ihn zu Michaelis nicht konfirmieren. Der Junge hatte nun nicht den Mut, das sofort seiner Mutter zu melden, und diese traf abwartend alle Vorbereitungen zur Konfirmation. Erst am Abend vor dem Konfirmationstag erfuhr sie von dem Pastor in persönlicher Unterredung, daß er den noch nicht „Jüdenreinen“ Sohn nicht konfirmieren werde. Obwohl der gestrenge „Seelenhirt“ gegenüber allen Bitten der schmerzlich über-raschten Mutter taub blieb, hoffte sie, er werde am anderen Tage sich doch noch erweichen lassen. Sie schickte den Jungen in festlicher Kleidung zur Konfirmationsfeier, begab sich auch selber zur Kirche und wartete bei den anderen Eltern sitzend gläubigen Herzens. In der Sakristei aber wies Pastor Egidi vor den versammelten Konfirmanden den noch nicht „reinen“ Sünder mit scharfen Worten zurück — und er ließ ihn durch den Kirchendiener auf die Straße hinausbringen.

Als einen „Hinauswurf aus der Kirche“ empfand die Mutter diese Abweisung. Und das war ihr geschehen — ihr, die immer zur Kirche gehalten hatte! Die Bemühungen eines Verwandten, sie aus den Fesseln der Kirche zu befreien, hatten bisher keinen Erfolg gehabt. Jetzt aber kam ihm Hilfe vom — Pastor. Der freilich wird ganz gewiß nicht „erbaut“ sein, wenn er hört, was er ungewogen gebracht hat. Die Mutter vergaßte jetzt selber auf die Konfirmation ihres Sohnes und meldete ihn schleunigst noch zur Jugendweihe an, die in der zweiten Hälfte des September stattfindet. Auch erklärte sie für ihren noch schulpflichtigen jüngeren Sohn, daß sie ihn am Religionsunterricht der Schule nicht mehr teilnehmen läßt. Das hatte mit seinem Eifer der Pastor Egidi erreicht.

Vielleicht wird nun ein Sendbote der Kirche die abtrünnige Mutter besuchen, der sie und ihre Kinder als „verirrte Schäflein“ zurückholen soll. Sie wird dann wissen, was sie zu tun hat. Wie in der Kirche der Pastor entscheidet, so hat in ihrer Wohnung sie das Hausrecht. Und von keinem „Diener Gottes“ braucht sie sich in ihre Angelegenheiten hineinreden zu lassen.

Gegen die Verkürzung der Polizeistunde.

Damit zur Durchführung des Abkommens von Spa Kohlen erspart werden, plant die Regierung bekanntlich eine Verkürzung der Polizeistunde im Gastwirtsgerwerbe. Gegen diese Absicht protestierte am Donnerstag nachmittag eine vom Kartell der Arbeitnehmerorganisationen im Gastwirtsgerwerbe abgehaltene Massenversammlung im Zirkus Busch. Der Referent Schröder, Vorsitzender des Gastwirtsgehilfenverbandes, sagte, wenn infolge der Verkürzung der Polizeistunde dem Hausbedarf auch nur ein ganz geringes Quantum von Kohlen mehr zugeführt werden könnte, würden die Gastwirtsgehilfen die ersten sein, die dieser Maßnahme zustimmen. Aber

Das Licht der Heimat.

Von August Hlrichs.

Als die Tiere auf den Wagen geladen sind, stehen sie alle drei draußen und sehen nach dem großen Feld hinüber, auf dem fremde Arbeiter und Frauen mit bunten Kopftüchern noch mit der Kartoffelernte beschäftigt sind. Der Pflanzler steht da und ruht einen Knecht herunter, der seinen Wagen festgefahren hat und nun auf die Pferde losläßt. Mächtig donnert er den Kerl zusammen, dann packt er selbst in die Räder und hilft den Wagen aus dem weichen Ader.

„Sollte man glauben“, sagt der Händler, „daß der mit seinem neumodischen Kram zurechtkommt? Was der da allein an Kartoffeln heranholt — Donnerwetter nochmal, das schaffst.“

Er bekommt keine Antwort und sieht von einem zum andern. Dann klopft er Meta vertraulich auf die Schulter und meint: „Nachmachen, junge Frau, nachmachen! Der Kerl drüben, der kann was!“

„Mag schon sein“, sagt Meta kurz. Harm ober steht mit hängendem Kopf, zerarbeitet und müde, und sieht durch die Latten des Wagens regungslos auf seine Tiere, die jetzt für eine Handvoll Geld einem andern gehören — nicht mehr sein eigen sind. Ihm fällt ein, daß der Stall leer ist — gleich morgen will er ihn reinmachen.

Der Händler sieht den Mann an und dann die Frau. Da lächelt er verächtlich, und indem er auf den Wagen steigt, beugt er sich dicht zu Metas Ohr: „Schade, daß Ihrer nicht ein bißchen von dem da drüben obhat — aber nichts für ungut.“ Er schnalzt mit der Zunge und die Pferde ziehen an.

Meta versteht es plöblich, was er meint. „Nein“, will sie schreien, aber der Wagen fährt schon aus dem Hof. Nein, von dem soll er nichts an sich haben, tausendmal ist Harm ihr lieber als der. Sie sieht ihren Mann an, seine Schultern hängen nach vorn, sein Gang ist schleppend — die ewige Arbeit hat ihn zermürbt. Sie sucht in seinem Gesicht: seine Stirn ist voll Furchen, waren seine Rüge immer so schlaff? Und seine Augen — seine Augen sind gut und treu, ja gut und treu. Und dabei fällt ihr der Hund vor dem Wagen der alten Kätchen ein, die wöchentlich einmal mit ihren Stuten bis hier heraufgehumpelt kommt. Der hat auch so gute treue Augen, die nie ausblitzen, nie, nur immer gut und treu waren, auch

wenn er den ganzen Tag vor seinem schweren Bogen leuchte und sich abquälte, und gepriegelt und getreten wurde.

Gut und treu — ach gut und treu! Aufblitzen sollten sie, einmal aufflammen, brennen und glühen! Anstürmen sollte er gegen das Schicksal, rasen, wüten, es mit beiden Fäusten packen, irgendwie!

Aber das — das konnte er nicht, Harm nicht! Nur immer arbeiten, sich treten lassen vom Schicksal und arbeiten. Arbeiten mit krummen Knien und krummem Rücken, gut und treu — ach — gut und treu. Bitter stieg es ihr auf. Da trampften sich ihre Finger, sie drehte sich um und ging ins Haus und sah drinnen am Tisch, warf den Kopf auf die Arme und schluchzte.

Harm stand neben ihr. Weinte sie, weil jetzt im Winter keine Wurst auf der Diele im Rauch hängen würde? Weil sie das Essen ohne Fleisch würde kochen müssen?

„Meta — vielleicht können wir ein paar Ferkel wiederkaufen, später.“ Sie antwortete nicht, da sah er sie traurig an und ging still an die Arbeit. Man mußte es eben tragen.

Sie ließ ihn gehen. O deswegen, wenn sie nur ihr trocken Brot hatten, deswegen weiß Gott keine Träne, deswegen nicht. Aber — es raste in ihr, sie mußte sich anschluchzen. Da fühlte sie auf ihrer Hand eine andere, eine kleine warme, feste Kinderhand. Die zog und zerrte nicht, die drückte nur, warm und sicher. Und es schmolz etwas und löste sich in ihrer Brust. Sie weinte weich und leise weiter. „Mutter.“ O, sie verstand den heißen Händedruck und hob das Gesicht und lächelte tapfer.

„Dierk“, sagte sie und tastete nach seinem Kopf und zog ihn fest an ihre Brust. „Wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen — du mußt immer ein tapferer und aufrechter Kerl sein, hörst du?“ „Mutter“, sagte er, „das bin ich auch.“

„Und wenn dich jemand quälen will und möchte dir den Kopf beugen, dann sollst du dich wehren. Die Fäuste ballen und die Zähne zeigen, verstehst du das?“

„Ach weiß ich, Mutter.“

„Wir sind ganz arme Leute, Dierk. Tut es dir auch leid, daß du jetzt im Winter keinen Blutball mehr essen kannst und keine Gadarübe?“

„Gar nicht, ich mag sie nicht einmal mehr.“

„Darum sollst du dir doch von niemand etwas gefallen lassen, von niemand, niemand, einerlei, wer das ist! Ich dulde es nicht.“

„Ich weiß wohl, wen du meinst, Mutter.“

Er hob den Kopf und sah finstlich drohend aus dem Fenster auf die neuen Felder. Sie erschrak heftig. Wachte er — oder ahnte er nur? Sie stellte sich neben ihn, und ihre Augen nahmen einen harten Glanz an: „Ja, auch von dem nicht.“

Von nun an war ein heimliches Einverständnis zwischen ihnen. Sie brauchten sich nichts zu sagen darüber, aber wenn sie nur einmal von ihrem Ader aufstehen, nach dem Feld neheran, dann war das jedesmal wie ein fester Händedruck und sie gingen beide wieder mit verbissenen Lippen an die Arbeit.

Harm rückte ihnen ganz allmählich ferner. Er gehörte nicht mit dazu, — wachte nichts von ihrem Mund und stand immer etwas außerhalb von Mutter und Kind.

Nur in einem waren sie sich gleich — sie arbeiteten alle drei ganz unmeniglich, um weiter zu kommen. Sie schafften mehr als früher, weil Dierk ja mit half. Sie konnten das Land besser durcharbeiten, das Unkraut besser jäten, die Frucht besser haden. Alles, alles machten sie noch gründlicher als früher. Konnte Gott, wenn er ihren Fleiß sah, etwas anderes tun, als ihnen eine gute Ernte geben, besser als jedem andern? Eifersüchtig jaten sie nach des Pflanzers Feldern hinüber. Wenn nur der Winter erst vorüber wäre.

Und dann diese ungeduldige Erwartung, als sich die ersten garten, lichtgrünen Spizen zeigten, als der braune Ader, wenn man ihn von der Seite ansah, einen hellen Schimmer bekam, und als sich endlich die Salme entfalten und das ewigschöne Grün, die seltsame Farbe des Werdens und Gedeihens, satt und saftig und glänzend die Erde bedeckte.

Was für ein geeignetes Frühjahr! Des Pflanzers junge Tannen machten einen mächtigen Schuß, jetzt ließen sie schon die Heide unter sich. In langen Wellen liefen die grünen Bäume über das Land.

Überall schoß die Saat hoch und kräftig in die Salme. Keiner hatte Lust, abends das Feld zu verlassen, und jeder freute sich beim Einschlafen schon auf den kommenden Morgen, da die frühe Herrlichkeit noch tausendmal frischer und herrlicher und fastischwellender dastehen würde.

Und jetzt brennt die Sonne herunter, um das Gewächse reifen zu lassen. O, sie meint es gut. Welch reiche Ernte wird das geben! Alle danken dem Himmel für seinen Segen.

(Fortf. folgt.)

nach dem Urteil von Fachleuten bringt die Verklärung der Polizeistunde gar keine Kohlenersparnis. Sie wird aber die Folge haben, daß viele Arbeitgeber die Betriebe schließen, wodurch die ohnehin schon erschreckend große Zahl der Arbeitslosen im Gastwirtsberuf um Tausende vergrößert wird. Eine nennenswerte Ersparnis von Kohlen kann erzielt werden, wenn die Gastwirte angehalten werden, den Lichtverbrauch auf das Äußerste einzuschränken. Die Verklärung der Polizeistunde würde die Folge haben, daß sich die Zahl der heimlichen Nachtlokale, die eine grenzenlose Lichtverschwendung betreiben, noch weiter vermehrt.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:
Die Verammlung von Arbeitnehmern im Gastwirtsberuf erhebt schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Verklärung der Polizeistunde. Die Verammlung ist sich darüber klar, daß durch diese Verklärung eine Kohlenersparnis nicht erzielt wird und verweist hierbei auf die Werturteile des Reichskohlenkommissars und bedeutender, technischer Fachleute der Licht- und Kohlenversorgung. Die Herabsetzung der Polizeistunde ist nach diesen Urteilen vollkommen unberechtigt. Ihre Durchführung würde lediglich die große Zahl der bereits vorhandenen Arbeitslosen ganz gewaltig vermehren und durch ihre Auswirkung geradezu katastrophale Folgen auslösen.

In der Erkenntnis, daß eine wirtschaftliche Schädigung der Bevölkerung durch Verbeibehaltung der bisherigen Polizeistunde nicht gegeben ist, fordern die Versammelten die Regierung auf, ganz energisch allen Forderungen auf Verklärung der Polizeistunde entgegenzutreten.

Jauch-Belzig und sein Landrat.

Um einige im Kreise Jauch-Belzig vorgefallene Vorgänge zu klären und eine Wiederholung unmöglich zu machen, hatte die sozialdemokratische Fraktion von Jauch-Belzig sich an ihren Landrat gewandt mit dem Antrage, einen außerordentlichen Kreistag abzuhalten. Veranlassung boten Unregelmäßigkeiten in der dortigen Kreisheileidungsstelle, die auf einige tausend Mark Verlust hinauslaufen — über Schließungen des Gemeindevorstandes und eines Kaufmanns mit Margarine und Schmalz, die als Auslandsware zu höheren Preisen veräußert wurden, ohne daß der Landrat Freund, ein Sohn des Staatssekretärs Freund, dagegen einschritt. Neheliche Zustände herrschten in der Kreislorenzstelle. Trotzdem dem Landrat auch bekannt ist, daß ein Gemeindevorsteher und Kreistagsmitglied St. in Schläsch bei Treuenbriehen jahrelang größere Mengen Brot- und sonstige Lebensmittelarten angefordert und dem Väter des Ortes wahl- und ziellos Wechseltöne ausgehört hat, ist auch dagegen nicht eingeschritten worden, anscheinend weil auch dieser Herr dem Landrat angehört.

Nach der Neuwahl des Kreistages im vergangenen Jahre wurden unter anderen Kommissionen auch zwei Kreisdeputierte gewählt, die laut der Kreisordnung bei Urlaub oder sonstiger längerer Abwesenheit des Landrats denieiben vertreten sollten. Anscheinend, weil er befürchtete, daß ihm einmal in die Karten gesehen wird, ließ der Landrat sich bei seinem diesjährigen Urlaub einfach durch den Regierungsauffessor vertreten.

Die Einladungen zum Kreistag waren bereits fertig, als unser Fraktionsvorsitzender ein Schreiben des Landrats bekam, in dem die geforderte Einberufung des Kreistages mit der beantragten Tagesordnung nach den gesetzlichen Bestimmungen als unzulässig abgelehnt wird.

Wie überall in deutschen Landen, hat auch im Kreise Jauch-Belzig der Landbund „alias Orgeß“ seinen Einzug gehalten. Trotzdem dem Landrat früh genug von diesen Vorkommnissen Kenntnis gegeben und ihm ganz genaue Angaben über Lager- und Waffenbestände gemacht wurden, hat der Landrat beide Augen zugedrückt, Protestversammlungen in verschiedenen Städten und Ortschaften des Kreises halfen nichts, der Landrat schritt nicht ein, da ja die Organisationen unter dem Protektorat seines Vaters, des früheren Landrats des Kreises, des berüchtigten Herrn v. L., standen.

Der Berliner Stadtrat Genosse Sassenbach scheidet aus dem Magistratskollegium aus. Beim Aufgehen Berlins in Groß-Berlin erließ sein Mandat eines unbediensteten Stadtrats. In dem Magistratskollegium für Groß-Berlin übernimmt er nicht wieder einen Posten, weil seine Arbeitskraft durch andere Aufgaben beansprucht wird. Genosse Sassenbach war der erste sozialdemokratische Stadtrat, den Berlin erhielt. Erst in der Reichszeit, im Jahre 115, wurde er gewählt, obwohl in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion längst fast ein Drittel aller Sitze innehatte. Und bei diesem einen Vertreter der Sozialdemokratie im Magistrat blieb es dann bis zu den Gemeindevorwahlen von 1919, die den beiden sozialistischen Fraktionen zusammen eine Zweidrittelmehrheit brachten. Sassenbach, der als Stadtverordneter seit 1908 sich besonders den Arbeiterfragen gewidmet hatte, hat auch im Magistrat während der 15 Jahre seiner Amtsdauer eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltet. Sein Hauptarbeitsgebiet war hier die Erwerbslosenfürsorge und zuletzt die Jugendpflege.

Der Verkehr mit Saatgut der beschlagnahmten Getreidearten (Roggen, Weizen, Spelz, Dinkel, Fein-Emer, Einhorn sowie Gerste und Ocker) aus der Ernte 1920 ist durch eine Ministerialverordnung nebst Anordnungen der Reichsgetreidestelle vom 10. Juli 1920 geregelt. Wer in Eigenhandel oder als Kommissionär oder Vermittler gegen Entgelt sich am Umsatz von Saatgetreide beteiligen will, bedarf der Zulassung. Der Zulassungsantrag ist in zwei Exemplaren bei dem Magistrat, Abteilung für Brotversorgung, einzureichen. Vorbüchle hierzu sind bei Carl Heymann, Mauerstr. 43/44, erhältlich. Landwirte, die nicht in die Verzeichnisse der Händler von Originalsaaten und anerkannten Abzätern aufgenommen sind, dürfen nur mit besonderer schriftlicher Erlaubnis selbstgebautes Getreide zu Saatwecken veräußern. Das gleiche gilt für Landwirte, die in die erwähnten Verzeichnisse aufgenommen sind, sofern sie Saatgut veräußern wollen, das von Mähdern geerntet ist, die in diesen Verzeichnissen nicht aufgeführt sind. Der Bezug von Saatgetreide ist nur gegen Saattaxe zulässig, deren Erstellung von Händlern bei dem Vorhanden der Staatlichen Verteilungsstelle von Landwirten (Verbrauchern) bei der Erntepolizeibehörde unter Benutzung eines hierzu angeordneten Bordrucks zu beantragen ist. Zu Saatwecken darf Wintergetreide nur in der Zeit bis 1. Dezember 1920, Sommergetreide nur in der Zeit bis 1. Juni 1921 geliefert werden. Händler und Landwirte sind verpflichtet, über alle Saatgutgeschäfte nach dem vorgezeichneten Muster Buch zu führen und allwöchentlich Buchauszüge mit den zugehörigen Saattaxabzählungen einzureichen. Der Verkehr mit Saatgutgetreide unterliegt der Aufsicht der Reichsgetreidestelle und des Magistrats.

Verfaßtes und „Rheingau“.

Nach einer durch W. L. W. verbreiteten amtlichen Erklärung entspricht die Meldung von einer bevorstehenden Schließung des Amtes „Rheingau“ nicht den Tatsachen. Es ist richtig, daß sich in dem Amte belgische Klappenschläuche befinden, zu einer Beunruhigung liegt aber um so weniger Veranlassung vor, als seitens der Reichstelegraphenverwaltung für alle sich bietenden Möglichkeiten die Wege bereits festgelegt sind, wie die Frage technisch ohne Benachteiligung der Teilnehmer zu lösen sein wird, falls sich eine Auslieferung der Apparate an die belgische Regierung nicht vermeiden lassen sollte.

Einmalige Beihilfe für Erwerbslose. Der Hauptauschuß der Erwerbslosenfürsorge hat in seiner Mittwochsitzung beschlossen, folgende einmalige Beihilfe sofort anzuzahlen: An Ledige unter 21 Jahren bei 8-Wöchiger Arbeitslosigkeit 100 M., darüber 120 M.; über 21 Jahre bei 8-Wöchiger Arbeitslosigkeit 120 M., darüber 150 M. Stammsunterstützungsempfänger, die Angehörige zu ernähren haben, erhalten bei 8-Wöchiger Er-

werbslosigkeit 300 M., darüber 400 M.; dazu 20 M. Zuschlag für jedes zuschlagberechtigte Familienmitglied, gleichviel, wenn auch ein Teilbetrag an Zuschlägen gezahlt wird. (Pflegegebe.) Der Stichtag ist der 1. September. Die Beihilfe gilt als arbeitslos.

Alle diejenigen, die Teilunterstützung beziehen, Ausflüssen von längerer Dauer geliebt haben, deren Frauen Einkommen haben, Rentner, in deren Familie mehrere Mitglieder verdienen, die im Laufe des Monats August in Arbeit getreten sind, werden erst bedacht, wenn die Kommission den Hauptauschuß genaue Unterlagen gegeben hat, wieviel und wer von den Angehörigen noch unterstützt werden kann. Diejenigen, die ihre Unterstützung beim Arbeitgeber erhalten haben, dann aber nicht wieder eingestellt wurden, gelten als bezugsberechtigt für die einmalige Beihilfe.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Beim Reichsarbeitsministerium laufen in letzter Zeit zahlreiche Anträge auf Bewilligung bzw. Auszahlung der einmaligen Beihilfen für Erwerbslose ein. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß für die Durchführung dieser Beihilfen nicht das Reichsarbeitsministerium, sondern die Gemeinden zuständig sind. Die Einbringung dieser Anträge an das Reichsarbeitsministerium ist aus diesem Grunde ungewinnlich und verzögert ihre Erledigung erheblich.

Festsetzung an Arbeitslose. Nach dem Beschluß des Berliner Magistrats soll an sämtliche Erwerbslose, die Unterstützung beziehen, seit zum halben Tagespreis abgegeben werden, und zwar für Familien 1 Pfund und für Ledige ein halbes Pfund. Die Verteilung geschieht in zwei Raten, so daß in der Woche vom 20. bis 26. September an Familien ein halbes Pfund (4,30 M.), an Alleinlebende 1/2 Pfund (2,15 M.) abgegeben wird. Die Beihilfen sind auf allen Geschäftsstellen sowie bei den Gewerkschaften zu entnehmen. Den Verkauf hat die Konsumgenossenschaft Groß-Berlin übernommen, und kann jeder Arbeitslose in einer seiner Wohnung am nächsten gelegenen Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft das Fett entnehmen.

Zur Fettfrage an die Amerikaner gehen uns Briefe zu, denen zu entnehmen ist, daß das Auslandsfett mitunter auch einwandfrei schmeckt, daß aber die deutsche Nationalmargarine um so schlimmer sei. Dem können wir nur zustimmen und fügen noch hinzu, daß unser Brot wieder reichlich mit höchst ungeeigneten Ersatzstoffen versetzt ist.

Der Rückfahrfahrplan der in Dänemark lebenden Kinder ist vom 21. September auf den 22. September verschoben worden. Die Anfahrtsstunde ist dieselbe auf dem Stettiner Bahnhof.

Zentralverband der Angestellten. Mitgliederversammlungen finden heute abend statt für: Fachgruppe 4a (Berufungsbeamten) 6 Uhr, Zweidrittel, Dresdenstr. 99. — Fachgruppe 7c (Spielwaren, Papier, Konior, Utensilien, Buchbindungen und Nähmaschinen) 7 1/2 Uhr, Verbandslokal, Kotel Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Fachgruppe 7e (Kleiderausstattungen, Herrenartikel, Weiß, Kurz- und Wollewaren) 7 1/2 Uhr, Verbandslokal, Kotel Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Fachgruppe 15b (Verbandslokal) 7 1/2 Uhr, Neue Harmonie, Barterstraße, Köpenicker Straße 90/97. — Fachgruppe 15a (Buchhandel und Verlagsanstalten) 7 1/2 Uhr, Verbandslokal, Kotel Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Oranienburg. Die Stadtverordnetenversammlung nahm am 15. September die Wahl von 5 Kreistagsabgeordneten vor. Gewählt wurden: Westphal (S.P.D.), Schoof (U.S.P.), Guder und Reber (Dem.), Jonas (Rechts).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Allgemeine Funktionärskonferenz.

Den Partei- und Betriebsfunktionären teilen wir mit, daß die vom Bezirksrat beschlossene Konferenz sämtlicher Funktionäre der S. P. D., die sich mit den Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Genf beschäftigen wird, am Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr, im Paskenhof Musikant (Bodbräner), Niddienstraße 2/3, stattfinden wird. Berichterstatter ist Genosse Eduard Bernstein.

Der Bezirksvorstand.

Heute, 17. September:

Jungsozialistische Vereinigung. Inhaber von Karten zu unserer Kundgebung werden ersucht, um 1/2 Uhr an der Kasse sich einzufinden. Die Mitglieder der Vereinigung treffen sich um 1/2 Uhr im großen Saal des Lehrervereinshauses.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Bezirksgruppen W, Steglitz, Friedenau, Köpenicker, Schöneberg, heute 8 Uhr: Gemischter Kameradenabend im Café Austria, Berlin, Köpenicker Str. 28. Gäste willkommen. — Schieferverein Mühlengäßel Charlottenburg, Sonntag 6.30 abends Monatsversammlung, Kotel-Friedrich-Str. 63 bei Grimm. — Der Verein der Kleinrentner in Lichterfelde veranstaltet vom 18.—20. September eine Ausstellung von Gartenzeugnissen in den Lichterfelder Feldern, Pöhlendorfer Str. 5. Am Sonntag 11. Uhr hält Herr Dr. Ludwig von der biologischen Reichsanstalt einen Vortrag über Schlingenselbstimpfung. — 45 Proz. Brennstoffersparnis durch Kochsalz. Ueber diese Frage spricht Hellwig Döns Montag um 4 und 7 Uhr im großen Saal des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz.

Wirtschaft

Zweck und Form der Zwangsanleihe.

Die „Dona“ verbreitet folgende Ausführungen: Meldungen über eine bevorstehende Zwangsanleihe des Reiches beunruhigen seit einiger Zeit das Wirtschaftsleben.

Da das Mittel einer sofortigen und radikalen Vermögensenteignung zur wirksameren Durchführung des mit dem Reichsnotopfer beabsichtigten Zweckes infolge seiner völlig erschlatternden Rückwirkung auf unser Wirtschaftsleben wohl nicht diskutabel erschien, so lag der Weg einer Zwangsanleihe nahe, um schon jetzt die Notopferbeiträge zu erfassen, die die Abgabepflichtigen nicht in bar oder Kriegsanleihe leisten können. Eine, allein diesem Zweck dienende Anleihe würde somit nur eine Vorwegnahme des Notopfers bedeuten und die Verteilung von Vermögenswerten zum Zweck der Anrechnung der Darlehen auf die Notopferbeiträge durch eine Vermittlungsstelle des Reiches bedingen. Eine solche Anleihe würde dem Reich lediglich einen Zeitgewinn bei Durchführung des Notopfers bringen, ihm aber keine neuen Erträge erschließen. Der Anstalt maßgebender Persönlichkeiten, die nur diese Form einer Zwangsanleihe bei der augenblicklichen Lage unserer Privatwirtschaft für erträglich halten und eine weitere neue Belastung durch Auflage einer Zwangsanleihe außer dem Notopfer wegen ihrer katastrophalen Wirkungen ablehnen, steht aber die Auffassung gegenüber, daß die Finanzlage des Reiches auch bei restloser Erfüllung des Notopfers keine ausreichende Stärkung erfahren würde und daß weitere Eingriffe in das Privatkapital unvermeidlich wären. Die in die Presse gelangten Meldungen, wonach im Entwurf eine Verzinsung von 8 Proz. bei kleineren Kapitalen und eine Zinslosigkeit bei größeren vorgesehen sein soll, deuten darauf hin, daß die radikale Richtung zurzeit an Boden gewonnen hat.

Die Erfassung der Kapitalien durch eine solche Anleihe und ihre weitere produktionshemmende Wirkung stellen die Regierung vor außerordentliche Schwierigkeiten. Es ist einleuchtend, daß die technische Durchführung erst mit dem Vorliegen brauchbarer Unterlagen für die Einschätzung gegeben ist. Als solche können aber höchstens die Einschätzungen zum Reichsnotopfer angesehen werden, die zum Teil noch gar nicht vorliegen

oder nicht bearbeitet werden konnten und in allen Fällen durch die Verhältnisse bereits überholt sind. Es erübrigt sich, auf die anlässlich des Notopfergesetzes häufig erörterten und die Wirkung der die ganze Aktion in Frage stellenden technischen Schwierigkeiten erneut einzugehen.

Ferner ist zu bedenken, daß sich die Zwangsanleihe nur beim reinen Kapitalvermögen durchführen lassen wird, da man die im Gewerbe und der Landwirtschaft arbeitenden Kapitalien unmöglich in erheblichem Umfang den Vertrieben entziehen kann. Zur richtigen Erkenntnis dieser Verhältnisse hatte man beim Reichsnotopfer die Möglichkeit einer Rentenzahlung gegeben, die jedoch eine rasche Ausbarmachung des Steuerkapitals verhindert.

Das irgendetwas, selbst tief einschneidende Finanzmaßnahmen ohne gleichzeitige Umstellung der Wirtschaft nicht zu einem Erfolg führen kann, darüber dürfte kaum Zweifel bestehen. In dieser Erkenntnis will das Bürgertum trotz der sich täglich miserabler gestaltenden Finanzlage nicht kommen. Nur wenn es gelingt, die Wirtschaft zu Produktionsgemeinschaften zusammenzufassen und die Warenverteilung zu organisieren, können Verbände geschaffen werden, die das notwendige Steuerertrögen zu beschaffen vermögen. An Stelle der privaten muß die gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung zu Produktionszwecken erfolgen. Es entsteht die Frage, kann man überhaupt mit der Zwangsanleihe die Milliarden gehamstert und verstreuter Geldbehalten, die in Goldwaren, Edelsteinen, Kunstwerken, Möbeln angelegten Kapitalien erfassen? Die Steuererschätzungen sind heute geheim, nur der Steuerbeamte kennt die Steuerleistungen. Geht nicht hier völliger Wandel eintritt, an die Stelle des Steuergeheimnisses die Offenheit tritt, so daß die Bürger selbst nachprüfen können, ob die Nachbarn auch richtige Angaben machen, wird es unmöglich, den Steuerinterzessionen beizukommen.

Das die Notopferstellen stillgestellt werden, ist unbedingtes Erfordernis. Es dürfte notwendig sein, entsprechend den Steuerabzügen bei den Arbeitnehmern, bei sämtlichen Unternehmern und wirtschaftlich Selbständigen ebenfalls monatlich Steuervorschüsse einzuziehen, um dem Reich den monatlichen Geldbedarf zu sichern.

Was aber auch geschehen mag, ohne Umstellung unseres bisherigen Wirtschaftssystems ist an eine Rettung aus dem Sumpf nicht zu denken. Die Führung der Staatsgeschäfte liegt ja in den Händen des Bürgertums. Wann wird es wohl zur Erkenntnis kommen?

Sport.

Das Fußballspiel.

Angestrengte Arbeit des Körpers und Geistes, und doch Freude und Begeisterung auf allen Mienen; diese Eigenschaften sind nur in einem Spiel vereinigt, dem Fußballspiel. Ist es da ein Wunder, daß besonders die Jugend ihre überfließende Kraft diesem Spiel opfert? Selbst unter den Nichtspielern hat der Fußballwettkampf ungezählte begeisterte Anhänger, die auch bei starkem Frost 1 1/2 Stunden auf einen Fleck stehen und doch nicht anrücken, weil sie durch Spannung und Aufregung warm gehalten werden.

Zum allgemeinen Verständnis sei das Spiel kurz erläutert. Zum Fußballspiel gehören zwei Parteien von je 11 Mann. Das Spielfeld soll 105:70 Meter groß sein. An den beiden Schmalseiten befindet sich je 1 Tor. Eine Partei hat die Aufgabe, den Ball nach bestimmten Regeln durch das gegnerische Tor zu stoßen und zu verhindern, daß er durch das eigene geschlagen wird. Die Partei, welche die meisten Wälle durch das gegnerische Tor schlägt, hat den Sieg davongetragen. Geprüft wird in zwei Halbzeiten von je 45 Minuten. Nach der ersten Halbzeit werden die Plätze gewechselt, um durch eventuelle Unebenheiten des Platzes, ungünstigen Wind usw. nicht einer Partei zu nachteiligen. Jede Mannschaft setzt sich zusammen aus einem Torwart, zwei Verteidigern, drei Läufern und fünf Stürmern. Torwart und Verteidiger haben das eigene Tor zu schützen. Der Torwart hat als einziger Spieler das Recht, den Ball auch mit den Händen oder Armen zu berühren oder zu schlagen. Die Stürmer greifen das gegnerische Tor an und erhalten für ihre Tätigkeit bestimmte Plätze zugewiesen. Die Läufer haben als Zwischenspieler die Stürmer zu decken bzw. die Verteidigung zu unterstützen. Alle vorgenannten Spieler haben ihr Augenmerk auf ein gutes Zusammenspiel zu richten, ohne das keine Erfolge errungen werden können. Außerdem gehört zur Leitung jedes Spiels ein Schiedsrichter, der die schwierige Aufgabe hat, auf genaue Befolgung der Spielregeln zu achten; seine Entscheidungen sind für die Spieler bindend.

Als ausgesprochenes Kampfspiel haben sich beim Fußball auch viele Unzulänglichkeiten eingestellt. Ungezählte Schlägen über der Köpfe, die mit aller Gewalt ein Tor erzielen wollen, selbst wenn dabei die Knochen des Gegners Schaden erleiden. Besonders die vielen „wilden“ Vereine, die keinem Verbande angehören, haben oftmals Spieler unter sich, die ganz rücksichtslos spielen. Der Fußballsport hat daher auch viele Gegner, die denselben wegen der dabei oftmals vorkommenden „Schelten“ bekämpfen.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat bereits vor dem Krieg den Fußballsport mit in sein Programm aufgenommen und gibt ein wöchentlich erscheinendes Sportblatt „Freie Sportwoche“ heraus, das in der Hauptphase der Förderung des Fußballsports dient. Die Spielstätten werden hier scharf bekämpft und sind auf ein Mindestmaß zurückgegangen. Auch die „Freie Turnerschaft Berlin“ hat mehrere Fußballmannschaften zusammengestellt, zunächst im Norden in der Demminer Straße 27 und im Süden in der Voedstr. 17/20, wo sich Fußballfreunde melden können.

Zur Pflege des so gefundenen Fußballsports gehören aber vor allem große Spielplätze mit kurzen Rasen. In Kommune, Staat und Reich möchten wir daher auch an dieser Stelle das dringende Ersuchen richten, durch Freigabe aller verfügbaren Plätze zur Hebung der Volksgesundheit beigetragen. Gest der Jugend Spiel- und Sportplätze, damit sie sich körperlich und geistig erholen kann von der gesundheitsschädlichen Fabrikarbeit.

Arbeiter-Radsfahrbund „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin, I. Abt. 19. September, mittags 1 Uhr: Radentee bei Köpen. Für Radsfahrer: Start 1 Uhr bei Köpen. — Arbeiter-Radsfahrverein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 6 Uhr: Streikzüge durch den Blumenhof. Radmittags 1 Uhr: Schöneberg (Wann). Start: Mariannenplatz.

Aus aller Welt.

Wo gesungen wird, da laß dich ruhig nieder. In dem besetzten deutschen Bad Kreuznach hatten vier deutsche Staatsbürger in einer Wunde während des Jahresmarktes „O Deutschland hoch in Ehren“ gesungen. Der Prokurist Thoma wurde zu zwei Monaten Gefängnis, der Besitzer der Wunde, Lichte, zu fünfzehn Tagen Gefängnis, weil er das Singen nicht energisch genug unterbunden hatte, der Musiker Passner, der das Lied dirigiert hatte, zu dreißig Tagen Gefängnis verurteilt. Ein mit angeklagtes Fräulein Trombach wurde freigesprochen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der neue Ulster, die moderne Schöpfung der Kleiderwerke Baer Sohn, Coarreststr. 29/30, gelangt neben den modernen Winterpaletots und Untermantel-Anzügen fertig und noch Maß zu sehr mäßigen Preisen zum Verkauf.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Fidelio.
7 Uhr.

Spielhaus.
Opernlisten.

Theater.
Die Leichnam
spiele.

Opernhaus.
Abonn.)

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Eine Landpartie.
Verwickelte Geschichte.

Lessing-Theater.
Heute bis Sonntag 7 1/2
Die Tänzerin
(Leopoldine Konstantin.)
Deutsches Künstler-Theater
Abendlich 1 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg.
Inszenierung: Victor Palf.

Apollon-
Theater 7 1/2
Dir. James Klein.
Herbst-Sensations-
Eröffnungsprogramm
Gastspiel
d. internat. preisgek.
Meister-Delektivs
Hannussen
m. sein. einz. dasteh.
Experim. u. Vorführ.
5 Carras
d. best. Akrob. d. Welt.
Tegethoff
Schwed. Musikant
u. nie gez. Darbietung
Madame Laure
d. tollkühne Schönk.
n. weit. Sensationen.
Sonntag 3 1/2 U. jeder
Erwachs. 1 Kind frei

Schall und Rauch
Im großen Schauspielhaus
Bh. Friedrichstr. Tel. Nord 2643
Dir. Hans v. Wolzogen.
Das gr. September-Prgr.
mit **Kulissen d. Seele**
v. Nik. Nikolajew. Evreinoff.
Hauptroll: Hermann Thimig,
Rob. Förster-Larrinaga,
A. Flügel; Kpmstr. Spolianski.
Balalaika-Orchester.
Konzert 7 1/4 Beginn 8 1/4

Walhalla
Theater
a. Rosenthaler Pl.
Heute 7 1/2
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm
Ende: Vor 10 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen

Metro
Varieté-Kabarett
Heute 7 1/2
Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: D. lust. Puppe

Kriegsbeschädigte
Hinterbliebene
Ausschüsse
Behörden
finden über alle
Fragen der
Militärversorgung
zuverlässig. Auskunft im
Kommentar zum
Reichsversorgungsgesetz
von Hermann Müller
Die Mitwirkung des Ver-
fassers an dem Gesetz als
Berichterstatter des 7. Aus-
schusses verbürgt gründ-
liche und zutreffende Er-
läuterung. Ein wertvoller
Anhang mit d. wichtigsten
einschlägigen Gesetzen u.
Ausführungsbestimmung,
ergänzt vorteilhaft den
Kommentar.
Preis 7,- Mark + 20%
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Reichshall.-Theater
Abends 7 1/2 und
Sonntag 3 1/2
Stettiner
Sänger
Nachmittags halbe Preise.

Theater a. Kottbus-Tor
Tel.: Moritzplatz 14614.
Täglich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
Blühgen-Konzert
Beginn 7 Uhr.
Vorv. 11-1 1/2, 4-6 Uhr

BTL
Potsdamer Str. 35
Der gr. phant. Film
Genuine
5 Akte mit
Fern Andra
persönlich anwesend
Turnstr. 12
Der gr. dram. Film
Föhn
Alexanderpl.-Passage
Die glühende Kammer.
Friedenau, Rheinstr. 14
Der Sprung ins Dunkle.

UFA
3. Woche!
7 und 9 Uhr
Sumurun
Regie: Ernst Lubitsch
Hauptrollen:
Pola Negri
Jenny Hasselquist / Aud Egede-Nissen
Paul Wegener
Harry Liedtke / Carl Giewing
Vorverkauf II bis I Uhr
1. May-Film der Spielzeit 1920/21
Der Henker von St. Marien
Verfasser u. Regisseur: Fritz Fraaijer
Hauptrolle:
Eva May
Die Tarantel
Schauspiel in 6 Akten
von Karl Figdor
Regie:
Rudolf Biebrach
Er, sie und der Dackel
R. B. Lustspiel in 8 Akten
mit Leo Peukert
Das Valutamädel
Lustspiel mit
Ossi Oswalda
Der Mann auf der Flasche
6 Akte nach der Novelle von
Gustav Meyrink
mit Grit Hegesa, Fritz Greiner
Der weiße Pfau
mit Grit Hegesa und
Hans Mierendorff
Algol
von Hans Brenner
und Fridel Koehn
Die Glücksfälle
5 Akte nach dem gleichnamigen Roman von
Fedorv. Zoblitz
Hauptrolle:
Lotte Neumann
Föhn
von Hans Brenner
und Wilhelm Rath
Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags: Beginn 4 Uhr

Kabarett-Café
ORIENTS
Strausberger Platz, 5 Min. v. Alexanderpl.
Fritz Waldow | Heinz Artus
Lu Andre | Ernst Walter
Margot von Sela | Duo Onofri
Heute
Freitag: Großer Elite-Abend
unter Mitwirkung von
Senta Söneland
und anderen beliebten Kabarettkünstlern.
Reisende, Dr. med. Grütering
welche bei Hotels, Gastwirten,
Cafés, Rinas und Kantinen ein-
geführt sind, finden hohen
Respekt. **Mannheimer,**
Bergmannstr. 1. Haut, Horn-, Unterleibslid
b. Männ. u. Frauen, Blutunters
invalidenstr. 33, Ecke
Chausseestr., Stett. Bf., Spr.
Wochentäglich 11-1, 1/2-3/2

Z. N. f. W.
Zentral-Nachweis für Wohnungsaustausch
Direktion Willi Grün, Gr. Frankfurter Str. 29, u. Alexanderpl. Röntg. 2511.
Zuschreibungen in Groß-Berlin und anderen Städten weisen wir
Schwülens mit Genehmigung der Wohnungsausschüsse nach. Wir garantieren
für schnelle Erledigung. Aufnahme in der Zentrale und in unseren
40 Filialen, welche man durch Anruf in der Zentrale erfahren kann.
Zweigstellen in allen größeren Städten. — Nachweis von möblierten Wohnungen.

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln
Bergstraße 29. ♦♦♦
Geöffnet 8 bis 6 Uhr.

Unsere Herren- und Damen-
Winter-Neuheiten
sind eingetroffen.
Elegant! Billig!
Besuchen Sie uns bitte ohne Kaufzwang.

Der neue Meister
Modernste Schöpfung unserer Kleiderwerke
fertig und nach Maß
Raglans, Schlüpfer, Sportulster und andere Fassons, fertig M. 1200, 1000, 900, 700, 650 und **550**
Paletots aus hochfeinem Friedensmaterial, fertig M. 1200, 1000, 900, 700, 650 und **550**
Anzüge aus erstklassigen Stoffen, fertig M. 1400, 1250, 1100, 950, 790, 650 und **600**
Cufaways u. Westen in nur guter Qualität, fertig M. 900, 800, 725 und **575**
Hosen in vornehmen Streifenmustern, Cheviot und Kammgarn, fertig M. 425, 375, 290, 230, 170, 150, 125 **90**
Gummimäntel mit Fasson und hochgeschlossen, mit und ohne Gürtel M. 1200, 900, 790, 690, 590 und **425**

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine Filialen mehr**
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Möbellfabrik Rob. Seelisch, Berlin O, Rigacker Str. 71-73a
Gegründet 1876
empfiehlt
3-Zimmer-Einrichtung mit Küche
Schlafzimmer, echt Eiche
1 Sofa mit Fac.-Spiegel
2 Beistühle
1 Waschtisch m. Fac.-Spiegel
und echt Marmor
2 Nachtschränke m. echt Marm.
2 Patentmatrizen
Speisezimmer, echt Eiche
1 Anrichte
1 Tisch
6 Stühle mit echt Leder
Küche, weiss lackiert
1 Büfett, 1 Rahmen
1 Tisch, 2 Stühle
1 Kohlenkasten
1 Handtuchhalter
Herrenzimmer, echt Eiche
1 Büfett, 1 Diplomat,
1 Tisch, 1 Schreibstisch mit
echtem Leder
2 Stühle mit echtem Leder
4165 Mark }
4770 Mark }
5550 Mark }
500 Mark }
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet
Versand nach allen Ländern Deutschlands.
Schaufel Möbel können kostenlos lagern. — Nehme Kriegsanleihe in Zahlung.

Platin-, Gold-, Silberbruch
Quecksilber. Zahngebisse bis 3500 M.
Zahnteile 12 bis 75 M., Brennstifte bis 300 M. — Wir
zahlen den höchsten Tageskurs. — **Schubert, Bärwaldstr. 55,**
und **John, Chausseestr. 110, vorn I, Portal I.**

Stellengesuche
Weibl. Hauspersonal
erhält folgendes jede gewünschte
Stelle im Arbeitsnachweis der
Stadt Berlin, Götterstr. 1,
Belle-Alliance-Platz & Rappent-
straße 1, Baulstr. 1, Friedrich-
straße 110-112, Rüdigerstr. 9,
Jägerstr. 11. — Geöffnet 8-7.

Stellenangebote
Lauf- und
Arbeitsbursche
gesucht, ev. auch stundenweis
Wallig & Co.,
Lützowstr. 18, 925D

Baer,
älterer toller Mann, der grüßt
ist im Baden von Postpferden, u.
ein Laufbursche
gesucht. Vorstellen zwischen 8
und 11 Uhr bei **A. Klingner**
& Co., Friedrichstr. 127. 1916

Redegewandte Herren
und Damen,
auch Frauen, überall gesucht,
zum Betrieb eines täglichen
Gebrauchsartikels, bei hohem
Verdienst! Warenmuster gegen
R. 4,-. **Karl Kiesel, Köln-
Willeim, Pöhlcher Köln 28190.**

Für Breslauer Lokomotivfabrik
wird ein erfahrener, tüchtiger
Werkmeister
(möglichst gelehrter Maschinenbauer)
gesucht.
Stellung dauernd. Wohnung kann in Aussicht gestellt
werden. Bewerbungen mit Angabe bisheriger Tätigkeit,
Gehaltsansprüchen usw. senden unter **B. F. 6138** an
Rudolf Mosse, Breslau. 1915

Perfekter Bureaumaschinen-Mechaniker
als **Werkstatteleiter**
zum baldigen Eintritt gesucht. Ausführl. Bewerbungen mit
Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und
Lohnansprüchen erbeten an
Hogge & Wallis,
Bureaumach.-Spezialgeschäft, Hannover, Georgstr. 7.
1921/16

Mehrere Motorpflugführer
für **Traktoren-System,**
möglichst **Schlosser,** werden eingestellt
Lichtenberg, Kriemhildstr. 5/12.

Die Stelle einer
Jugendfürsorgerin
ist zu besetzen.
Tätigkeitsgebiet: Insbesondere Bearbeitung der An-
gelegenheiten der weiblichen Jugendfürsorge, Leitung des
Dienstes der Jugendhelferinnen, Mitwirkung beim Ausbau
der Jugendarbeit in allen Bereichen der Jugendfürsorge. Aufstellung
erfolgt auf Vorschlagsverfahren mit Rücksichtnahme auf
Denken nach erfolgreicher einjähriger Probezeit. Anfangs-
gehalt 9000 M., steigend in 10 Jahren auf 13.000 M.,
hierzu zuzüglich 50 Proz. Ausgleichszulage. Während der
Probezeit 75 Proz. des Anfangsgehalts.
Gesuche von Bewerberinnen mit geeigneten praktischen
Erfahrungen und Vorbildung sind mit ausführlichem
Lebenslauf und Zeugnisabschriften zum 1. November d. Jg.
einzureichen.
Neukölln, den 12. September 1920. 1916
Der Magistrat.